

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochenschrift-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Voll-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Abrechnung: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark. Monat. Einzeln. in der Post-Beilage-Preisliste für 1893 unter Nr. 6768.

Interims-Gebühr beträgt für die langjährigsten Besteller oder deren Nahe 40 Pf., für Vereins- und Organisations-Anzeigen 20 Pf. Inhaber für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Amt 1. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 12. Oktober 1893.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Sumpflust und Sklavenarbeit.

Von einem unserer Mitarbeiter wird uns geschrieben: Von Zeit zu Zeit wird das deutsche Volk daran erinnert, daß es mit der Sorge für eine Anzahl tropischer Gebiete in Afrika und Oceanien belastet ist. Entweder werden uns Meheleien gemeldet, die bald den Charakter von Siegen, bald von Niederlagen tragen, oder es werden durch Abrechnungen und Budgetforderungen die Summen bekannt gegeben, die den deutschen Steuerzahlern das Kolonialspiel kostet.

So ist jetzt dem Bundesrath die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete Kamerun, Togo und des südwestafrikanischen Schutzgebietes für 1892/93 vorgelegt worden. Nach einer offiziellen Mitteilung werden die durch die Einnahmen nicht vollständig gedeckten Ausgaben für Kamerun und das südwestafrikanische Schutzgebiet für 1892/93 zunächst aus dem Betriebsfonds der Legationskasse vorläufig gedeckt. Eine Ueberschreitung des gesammten Jahresetats sei nur für das südwestafrikanische Schutzgebiet zu erwarten, da der Reichszuschuß durch die im Februar 1893 erfolgte wesentliche Verstärkung der Schutztruppe sich als unzulänglich erwiesen habe. Die Mehrausgabe werde später durch Reichsmittel gedeckt werden müssen.

Aus diesen gewundenen Mittheilungen geht nur so viel mit aller Klarheit hervor, daß abermals Zuschüsse für die Verwaltung der afrikanischen Kolonialgebiete aufgebracht werden müssen. Ob der vorläufige Vorschuß von 191 475 M., welchen Kamerun erforderlich gemacht hat, wirklich später gedeckt werden wird, durch die eigenen Einnahmen der Kolonie aus den Steuern und Zöllen, erscheint noch keineswegs gewiß. Für Südwestafrika, das ja nach der Versicherung des Offiziosus einen dauernden Zuschuß erforderlich machen wird, werden vorläufig 178 005 M. extra verpulvert.

Die Kostenrechnung für die Kolonialerfolge in Ostafrika während des Jahres 1892/93 steht noch aus. Sie wird aber weit schlimmer ausfallen, als für das übrige afrikanische Kolonialgebiet. Dafür haben wir am Kilimandscharo und am Victoria-See zu viel „Siege“ erfochten. Ebenfalls wissen wir noch nicht, was uns Neuguinea gekostet hat. Doch begnügen wir uns heute mit der Betrachtung der westafrikanischen Kolonien! Sie genügen um uns den Appetit zu verderben.

Als im Anfang der 80er Jahre eine Anzahl von Kolonialgesellschaften in Deutschland ins Leben traten, gaben deren Wortführer als ihre Hauptzwecke die Gewinnung solcher Landstriche an, die sich für die Ansiedlung deutscher Auswanderer eignen, sowie solcher, die der deutschen Industrie als Absatzgebiet für ihre Ausfuhrartikel dienen könnten. Erst in dritter Reihe dachte man an sogenannte Kultivationsgebiete, also tropische Länder, in denen mit Hilfe angeworbener farbiger Arbeiter Plantagenbau getrieben werden sollte. Nun waren aber

leider paßliche Gebiete für deutsche Ansiedler nicht mehr zu haben. Alles was da auf dem Erdensrunde außerhalb Europas in Betracht gekommen wäre an Neu- und Kolonialland, hatten die Engländer, zum Theil auch die Franzosen, Spanier und Portugiesen längst mit Beschlag belegt. Es ist eine der schwersten Unterlassungssünden, die der bürokratischen Regierung Preußens und der anderen deutschen Staaten zum Vorwurf gemacht werden muß, daß sie aus Furcht vor dem „revolutionären“ Einfluß, den erfahrungsgemäß die freieren Siedlungskolonien auf das Mutterland ausüben, geflissentlich der Gelegenheit aus dem Wege gegangen war, ein dazu geeignetes Gebiet zu erwerben.

So ließ sich die preussische Bureaucratie das zur Ansiedlung für deutsche Auswanderer trefflich geeignete Neu- und Kolonialland entgehen, das dann erst in den vierziger Jahren dem britischen Kolonialreich angegliedert wurde und jetzt einer großen Zukunft als das „England der Südpole“ entgegengeht. Jahrzehntelang sind die deutschen Auswanderer nach den Vereinigten Staaten und den englischen Kolonien geströmt, ohne daß die deutschen Regierungen den Finger gerührt hätten, um ihnen jenseits des Ozeans ein Heim zu schaffen, in dem sie sich völlig selbständig hätten entwickeln können. Als man daran dachte, war es zu spät.

So stand es mit der Frage der Beschaffung von Siedlungsgebieten. Absatzgebiete für die Industrie schafft sich ein europäischer Industriestaat heute aber nicht mehr durch die Besitzergreifung fremder Länder. Es ist das vielmehr eine Aufgabe der Handelsfähigkeit.

Alle Kolonialstaaten sind längst durch den Zwang der Kulturentwicklung dahin gebracht worden, ihre Gebiete dem Handel aller Völker zu verschließen. Jetzt ist nicht mehr die Flagge, welche über der Kolonie weht, entscheidend für den Bezug europäischer Artikel, sondern die Tüchtigkeit der Fabrikation und des Handels des exportirenden Landes. So überwiegt, um nur ein Beispiel zu nennen, im französischen Hinterindien der englische und deutsche Handel den französischen. Diejenigen Gebiete im tropischen Afrika aber, welche innerhalb der letzten Jahrzehnte von den europäischen Staaten in Besitz genommen wurden, kommen als Absatzgebiet für europäische Ausfuhrartikel überhaupt herzlich wenig in Betracht. Die sämmtlichen Neger-Afrikas verbrauchen an europäischen Industrieprodukten höchstens etwas billige bunte Baumwollstoffe, Glasperlen und sonstigen Tand. Wirklich begehrt sind bei ihnen nur Schießgewehre und Schnaps, das Feuerwasser, um sich selbst zu zerstören, die Feuerwaffen, um andere umzubringen.

Da auch in Afrika schon die besseren Landestheile, welche sich wie das Kapland zur Besiedlung durch Europäer eignen, oder der einheimischen Bevölkerung zu einer eigenen Kultur verholfen hatten, wie Ägypten, bereits in festen Händen waren, blieb den deutschen Koloniesuchern nur das zu okkupiren übrig, was wegen seiner klimatischen Verhältnisse Übergangswater war. Sumpfige oder sandige Küsten, die

mit Ungeundheit oder Unfruchtbarkeit behaftet waren, lockten die deutschen Kolonialpatrioten an. Sie waren mit ganzen Bündeln von Reichsflaggen ausgezogen, und da hielten sie denn munter d'rauf los, wo es noch freien Platz dafür gab. Kolonien wollten sie haben um jeden Preis.

So sind uns denn an der Westküste Afrikas drei Kolonien anheimgefallen: zwei Sumpf- und Fiebernester und eine Sandwüste. Da ist zuerst an der Guineaküste das Togo-land mit 80 000 Quadrat-Kilometern, etwa so groß wie das rechtsrheinische Bayern, dann Kamerun, so groß wie Württemberg. Togo hat eine flache, sumpfige Küste, ohne sicheren Hafen. Kamerun hat zwar einen Hafen, der durch das Mündungsgebiet mehrerer sich an Meere vereinigender Flüsse gebildet wird, doch ist dieses Flußdelta der mächtigen Sumpfwaldungen wegen für Europäer höchst ungesund. In der Nähe ist zwar der mächtige Kamerunberg, auf dessen Höhen ein zuträglicheres Klima herrscht, doch läßt sich von einem Berggipfel aus nicht der Handel an einer mehrere Meilen entfernten Flußmündung leiten, so daß die deutschen Händler und Beamten das Gebirge nur vorübergehend als Zufluchtsstätte aufsuchen können. Das Hinterland von Togo und Kamerun trägt den gleichen Charakter einer Tropenlandschaft — sehr schön anzusehen und auch angenehm zu bewohnen für Neger, Schlangen, Papageien und Affen, aber für den Europäer gesundheitsmörderisch. Nur als Plantagenausseher können sie dort kurze Zeit gedeihen. Selber zu arbeiten ist ihnen unmöglich. Die Ausnutzung solcher Gebiete durch Europäer bedingt also nothwendiger Weise die Ausbeutung der Negersarbeit. Da die Neger sich aber nicht freiwillig für den Weissen abradern, sondern nur dem Zwange nachgeben, bildet sich beim Plantagenbau stets eine mehr oder minder verhäßte Sklaverei heraus. So haben wir also in Togo und Kamerun zwei Seuchenherde gewonnen, Herde für physische und moralische Korruption.

Die Sumpflust zerrüttet die Gesundheit, die Ausbeutung der Sklavenarbeit die Sittlichkeit der Kolonialsege.

Der Kongress der französischen Arbeiterpartei.

Paris, 9. Oktober. Am Sonnabend Vormittag trat die französische Arbeiterpartei (Marxisten) in dem in der Faubourg du Temple gelegenen „Salle du Commerce“ zu ihrem ersten Landeskongress zusammen. Gleich beim Eintritt konnte man merken, daß trotz oder vielleicht gerade infolge all der chauvinistischen Hegeereien, die in der letzten Zeit einen für den Verstand der Bourgeoisie geradezu bedenklichen Grad angenommen haben, die französische Arbeiterpartei mehr denn je entschlossen ist, Schulter an Schulter mit der deutschen Sozialdemokratie zu kämpfen; denn der reichlich mit rothen Fahnen geschmückte Saal zeigte rings um die Tribüne

Feuilleton.

Der Anfuhr in den Cevennen.

Eine Erzählung von Ludwig Tieck.

31

„Sie sehen, daß die Pillen, die Sie, verehrter Herr Marschall, drehen und gießen lassen und die Tausende von Chirurgen den Verletzten beibringen, ihnen das Uebel nicht abführen oder nur lindern. Was frommt es doch nur, daß die thätigen Männer so fleißig mit den Bajonetten nachstopfen, weder diese Lanzetten, noch die Inzisionen der Herren Dragoner verbessern die Säfte. Auch die Kuren in den Gefängnissen oder auf den öffentlichen Plätzen schlagen nicht an. Was kann Ihre Verneinung, Ihre kalte ruhige Ueberzeugung dafür, daß das ganze Land, ehrlich gesprochen, wie ein großes, auseinander gelaufenes Tollhaus da steht, wo die Rasenden mit ihren Lehrbegriffen gegeneinander wüthen und wie die gebehten Hunde mit den Zähne knirschen? Ich glaube, die Luft ist angefüllt und macht verrückt, und so hat es den jungen Edmund und meinem armen Sohn befallen. Wenn der Teufel reitet, der kann gewiß nicht behaupten, daß er einen Ueberfluß von freiem Willen habe, zu gehen und zu kommen; was hätte mich aber wohl bestechen sollen, meinem einzigen Sprößling die Steigbügel über die Schulter zu legen, damit der schwarze Rabenwägel aller Buge sich ihm noch bequemer aufhocken könne? Bedenken Sie das nur selbst, großmüthige Männer.“

„Ich verstehe Sie nur halb“, sagte der Marschall. „Ich vergeiße Ihrem Schmerz vieles“, antwortete der Intendant. „Aber warum hat sich der Herr von Beauvais unserm Verhör nicht gestellt?“ fing der General wieder an, „warum ist er entflohen? Bekennt ihn die That nicht als schuldig? Und wissen Sie von ihm etwas und seinem Aufenthalt? Können Sie uns von seinen Unternehmungen einige Nachricht mittheilen? Halten Sie ihn verborgen? Bekennen Sie von allem die Wahrheit.“ „Erzählen“, sagte der Arzt, „der alte Sänder hat sich gewiß aus dem Staube gemacht, weil er allerdings verdächtig ist, selbst mir, und gewiß nicht mit Sicherheit und Anstand hier hätte erscheinen können.“ „Neden Sie weiter“, sagte Herr von Basville; „Sie geben es zu meiner Freude schon näher.“ „Sie wissen es ja selbst so gut als ich“, antwortete Wila, „der Standal ist ja im ganzen Lande ruchbar. Kahlköpfig hätte er hieher treten müssen und Rede und Antwort geben. Ich will noch zusehen, man schafft Manschetten, man legt den Degen ab, auch die Stiderei auf dem Kleide oder die Kravatte mag noch ohne Kehelei als überleil geachtet werden; aber wenn Sie erwägen, daß er schon seit länger als zehn Jahren ohne Perücke da draußen in seiner Wüthenei wohnt wie ein thebaischer Einsiedler, so können Sie ihm unmöglich ganz rechtläubige Gesinnungen zutrauen. Wie soll denn auch der Kopf gesund bleiben, wenn er sich allem Wetter, allen Gesellschaften, allen vorfallenden Redensarten, Wis und Unwis so nackt preisgeben muß! Es ist ja wie eine Festung, wo man die Wälle und Schanzen abgebrochen hat. Da reitet im Kriege alles Gesindel ungehindert hinein.“ „Sie sind kindisch“, sagte Herr von Basville, „aber wo

ist das Fräulein von Castelnau geblieben? Sie werden wissen, daß sie verschwunden ist. In allen diesen Umständen sehen wir, mögen Sie auch sagen, was Sie wollen, ein zusammenhängendes Komplot.“ „Ach! die arme Christine!“ seufzte Wila kläglich, „ich weiß jetzt erst, wie lieb ich das herrliche Mädchen gehabt habe. Ja, sie ist nicht mehr in ihrem Hause, aber der Herr Marschall wird wohl am besten Nachricht von ihrem Aufenthalte geben können.“ „Ich?“ fragte dieser. „Alle Welt sagt wenigstens“, fuhr der Arzt fort, „daß Sie sie hätten verhaften lassen, und das ist auch nicht ganz ohne Wahrscheinlichkeit, da die unkluge Dirne vor einiger Zeit so ganz die Hochachtung, die sie Ihnen schuldig ist, aus den Augen gesetzt hat.“ „Es wäre unter mir“, sagte der Marschall, „Ungezogenheiten durch mein Amt rächen zu wollen.“ „Wo man nicht Liebe erwecken kann“, sagte der Arzt, „die man wohl fordern dürfte, da soll oft Furcht und die gehörige Strafe des Gegenstandes uns dafür genughun.“ „Ich geb Ihnen mein Ehrenwort, ich weiß nichts von der Thörin!“ sagte der Marschall erötend. „Es ist wohl möglich“, antwortete Wila, „daß Sie gerade jetzt nicht wissen, in welchem Kerker sie schmachtet, da wir seit einigen Jahren diese Anstalten so ansehnlich vermehrt haben.“ „Herr!“ rief der Marschall, „ich dünkte, Herr Intendant, wir ließen den Ueberwihigen abtreten, denn es ist nur vergebliche Hoffnung, ein langes Wort von ihm zu hören. — Danken Sie es dem Herrn Marquis und seiner eifrigen Vorsprache oder vielmehr seiner Grille, sich von niemand andern kurieren zu lassen, daß man Ihre Frechheit, die sich thöricht stellt, so ungezügigt von hier läßt. Aber lassen

leben große Wappen, auf welchen sich auf malweisem Felde die Namen Karl Marx, Engels, Blanqui, Berlin, Bedel und Liebknecht glänzend hervorhoben.

Bekunden sich aber die antichauvinistischen Gefühle der französischen Arbeiterpartei schon äußerlich auf diesem Kongress, so noch mehr innerlich. So hat der Kongress, ehe er noch in die eigentlichen Verhandlungen eintrat, auf Jules Guesde's Antrag folgende Erklärung mit Affirmation angenommen:

Der erste Landeskongress der französischen Arbeiterpartei erklärt sich, bevor er in die Verhandlungen eintritt, solidarisch mit den streikenden Bergarbeitern Frankreichs, Englands und Belgiens; protestiert gegen die ihrer Rolle der Nationalverteidigung entzogene und in eine Garde der Leiber und Güter der Kapitalistenklasse umgestaltete, gegen die Arbeiternation gerichtete Armee, und weist die verantwortlichen Urheber der Festlande von Feathershorne und der Dragonade von Trocourt der Verabscheuung des Volkes.

Der Kongress sendet gleichzeitig den Ausdruck seiner lebhaftesten Sympathie dem wegen der Verurteilung der Annexion von Elsaß-Lothringen ins Gefängnis gewordenen deutschen sozialistischen Abgeordneten Wueb und den in ihrem heroischen Kampfe gegen den zaristischen Despotismus getroffenen polnischen wie russischen Sozialisten und Revolutionären, und er beglückwünscht die sozialistischen Arbeiter Italiens, die sich die Verantwortung für die blutigen Szenen von Rignos-Mortes dem kapitalistischen System übertragend, allen chauvinistischen Aufreizungen entgegenzusetzen haben, und versichert sie der brüderlichen Gefühle des französischen Proletariats, entschlossen, nur in dem weichen Rationalität immer angehörigen Unternehmertum den Feind zu sehen.

Ein zweiter, gleichfalls vor Eingang in die Tagesordnung eingebrachter und mit Einstimmigkeit angenommener Antrag bekundet nicht minder den antichauvinistischen Geist der französischen Arbeiterpartei, der obwohl er unter Sozialisten selbstverständlich ist, bei dem chauvinistischen Geschrei von haben und drüben nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden kann. (Der Antrag ist von uns bereits in der gestrigen Nummer mitgeteilt. Red. des B.)

Zur besseren Verständigung sei hier angeführt, daß das in der Resolution erwähnte, während der jüngsten Wahlkampagne erlassene Manifest das Sein und Wollen der Arbeiterpartei klar und offen darlegt, der herrschenden Klasse ihre jüngsten Sünden und Verbrechen — das Gemetzel von Koumies, den strafflos ausgegangenen Panamaschwindel, die Schließung der Arbeitsbörse u. s. w. — ins Gesicht schleudert und sich zum Schlusse gegen die interessierten Belämper und Verleumder der internationalen Arbeiterbewegung kehrt, welche die Anhänger der Arbeiterpartei als Vaterlandsverräther bezeichnen. „Und warum?“ fragt da das Manifest und antwortet: „Weil wir uns entschlossen, jedem Krieg zwischen den Völkern entgegenzutreten und anstatt die Arbeiter der verschiedenen Vaterländer anzutreiben, sich zum höchsten Ruhme und zum alleinigen Vorteil ihrer politischen und wirtschaftlichen Ausbeuter gegenseitig zu tödten, wir sie auffordern, sich zu verständigen und zu vereinigen, um ihre gegenseitigen Vaterländer gemeinschaftlich zu befreien... Die französische Arbeiterpartei ist die einzige wahrhaft patriotische Partei, weil sie allein aus dem herabgewürdigten, als Bettler und Verräter zu den Füßen des Heeres aller Neupen geschleppten Frankreich das große, befreiende Frankreich wieder machen wird, das, um die Tyrannen zittern zu machen und der Welt den Frieden aufzudrängen, sich nur an die Spitze der internationalen sozialistischen Bewegung zu stellen brauchte.“

Erst nach Annahme der beiden angeführten Resolutionen, womit die zweite Sitzung schloß, schritt der Kongress zur Behandlung der eigentlichen Tagesordnung. Doch darüber nächstens. Angeführt sei hier nur noch, daß der Kongress, der seine Arbeiten heute Abend beendigt, 92 Delegierte zählt, die zusammen 499 Gewerkschaften und politische Vereine vertreten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Oktober.

Der Abschluß der deutsch-russischen Handelsvertrags-Verhandlungen läßt sich nach einer offiziellen Rundgebung der „Köln. Ztg.“ nicht bestimmen. Von anderer Seite wird Otern als der Termin angegeben, an dem der Vertragsabschluß stattfinden kann. Graf Caprivi wünscht wohl den Reichstag zu übermüden und ihm dann erst den Vertrag vorzulegen, damit er ohne große Debatten vom Reichstage angenommen werde.

Freisinnige Plunkerei. Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt: „Ueberraschungen seitens der Sozialdemokratie sind bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Berlin durchaus nicht ausgeschlossen, denn die sozialdemokratische Partei hat sich Abschriften der Wählerlisten bestellt. Ohne praktischen

Sie sich betreten, daß Sie es mit den Empörern und den Verdächtigen irgend halten, so sprechen wir uns wieder, und alsdann in einem höheren Ton.“

„Wie Sie ihn immer anzugeben belieben“, sagte der Arzt und entfernte sich mit einer tiefen Verbeugung. Seine Kutse hielt vor der Thür des Hauses, er ging aber noch erst in den Stall des Hofes, um einen alten Diener aufzusuchen, den er mit sich nach St. Hippolite nehmen wollte. Hinkend und mit verbundenen Kopf und Arm kam dieser achzend herbei. „Kutscher“, rief Wila seinem Fuhrmann an, „mach Platz auf dem Bock für den alten Knecht da!“

„Zudem kam der Obrist Julien die Straße herunter. „Was schleppen Sie da für Waare mit sich?“ fragte dieser, indem er den Verwundeten betrachtete.

„Meinen uralten Konrad“, antwortete der Arzt; „der dumme Kerl gewäht gestern auf ein Dorf und will sich mit der Bekehrung eines Kamifards einlassen, der aber auf echte Rebellenweise fängt zu prügeln an; mein abgelebter Enthusiast will auch seinen König und Herrgott nicht schimpfen lassen, und darüber ist er so zugebeut worden, daß ihn unser Phylax zu Hause kaum wiedererkennen wird.“

„Sehen Sie“, sagte der Obrist, „der arme Krüppel kann den hohen Kutscherbock vor Bittern nicht erreichen. Er scheint dergleichen nicht gewohnt. Helfen Sie doch, Herr Pfarrer.“

Der stämmige Pfarrer von St. Sulpice, welcher sich herzugehängt hatte, schrotete mit Armen und Schultern den Alten hinauf. „Gerohnt oder nicht gewohnt!“ rief Wila verdrießlich, „er mag dem Himmel danken, daß ich ihn noch mitnehme. Ein Kerl, der in seinen Jahren noch auf Prügeln ausgeht, ist in meinem friedlichen Hause nichts nütze. Die Zeiten sehen freilich wunderbarlich genug aus, so daß das Gefindel vielleicht bald die Präntension macht, mit in der Kutse zu fahren.“

„Platz genug hätten Sie“, sagte der Obrist, der vom Arzt, der sich schon breit hingesezt hatte, Abschied nahm. — „Nun zugefahren!“ rief Wila, „und nicht zu schnell, besonders auf den Steinen, denn alle Rippen und der Kopf ohenein sind mir wie zerfallen, und gib acht, daß das alte Gespenst Dir nicht etwa gar vom Bock herunter

Zweck werden die erheblichen Auslagen doch nicht gemacht, welche mit einer solchen Bestellung verbunden sind.“ An dieser Mitteilung ist nur wahr, daß unsere Genossen Abschriften von den Listen zu den — Stadtverordnetenwahlen bestellt haben. Herr Engen Richter kann also ruhig schlafen, unsere Partei wird sich an dem „elendesten Wahlsystem“ wirklich nicht beteiligen.

In der Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hat der unsrer vorgestrigen Nummer beigelegte Aufruf der Arbeiter-Bildungsschule einen bleichen Schrecken verursacht. Schlotternden Gebeins verließ sie einen Leitartikel, der mit einer in das Gewand der Kassandra gekleideten Demunziation schließt, in dem sie die bürgerlichen Parteien — soll wohl heißen Polizei und Staatsanwaltschaft — auffordert, der freien Entfaltung des aus dem Aufruf athmenden Geistes geschlossen und entschieden entgegenzutreten.

Freilich die Pinderei verträgt sich nicht mit der freien Schule und in der Wilhelmstraße wird es als ein Verbrechen betrachtet, wenn die Arbeiterklasse sich aus den Fesseln der Unwissenheit zu befreien strebt. Die bürgerliche Gesellschaft erkennt dem Proletariat nur dasjenige Maß von Wissen zu, welches notwendig ist, damit das Ausbeutertum eine recht große Profitrate aus der Arbeitskraft der Lohnslaven herauszuziehen kann. Außerdem ärgert sich Pindter und seine Leute darüber, daß die Arbeiter-Bildungsschule zur Erfüllung ihrer Aufgaben einen monatlichen Beitrag von 25 Pf. verlangt. „Die Sozialdemokratie“ — so leitartikel man in dem Bureau des Herrn Kommissionsraths — „denkt über die Höhe des Betrages sehr viel anders, wenn Staat oder Gemeinde drei Mark jährlich an Steuern vom Arbeiter erheben.“ Natürlich Pindterchen! Aber warum? Weil die von Staat und Gemeinde dem Arbeiter auferlegten Steuern meistens den Interessen der Kapitalistenklasse geopfert werden müssen, während jener Beitrag dazu hilft, die Armees des Proletariats mit geistigem Rüstzeug für den Klassenkampf auszustatten. Offenlich merkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nun den Unterschied. Aber hübsch ist's, daß das offiziöse Organ den Aufruf der Arbeiter-Bildungsschule — wenn auch leider nur auszugswiese — verbreitet. Hätte der Vorstand gewußt, daß in den stillen Räumen der Wilhelmstraße ein Spezial-Agitator für die Arbeiter-Bildungsschule weilt, wir sind überzeugt, der unverkürzte Aufruf wäre der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zur Verbreitung angeboten worden.

Prozess Hofmeister. Aus Würzburg wird uns von unserem Berichterstatter noch geschrieben:

Wie bereits von mir telegraphisch berichtet, hat das Militär-Bezirksgericht die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Dieser Beschluß hat peinliches Aufsehen erregt und dürfte nicht dazu angethan sein, die bayerische Militär-Straprozess-Ordnung in dem günstigsten Lichte erscheinen zu lassen. Formell ist unstreitig der Gerichtshof in seinem Recht, der § 188 dieses Gesetzes giebt den Richtern diese Befugniß. Der Ausschluß der Oeffentlichkeit erstreckt sich in diesem Falle auf die ganze Verhandlung, so daß nicht einmal der Verurteilungsbeschluß den Zuhörern und den Vertretern der Presse bekannt gegeben wird. Ob es vom taktischen Standpunkt aus richtig ist, daß in diesem Falle das Militärgericht hinter verschlossenen Thüren verhandelt, wollen wir dahingestellt sein lassen. Wenn „dienstliche Erwägungen“ gegen die Oeffentlichkeit geltend gemacht werden, so scheint uns dieses kein ausreichender Grund für die Geheimhaltung der Verhandlung zu sein, der beabsichtigte Zweck wäre auch erreicht worden, wenn man den Zeitungsreferenten, für diesen Theil der Verhandlung das Schweigegebot auferlegt hätte. Die „militärische Standeswürde“ stand nach unserer Kenntniß der Verhältnisse und nach unseren simplen Zivilstandsbezügen überhaupt nicht in Frage. Hofmeister ist kein gemeiner, sondern ein politischer Verbrecher. Fledelos ist die Vergangenheit dieses Mannes, kein Makel haftet an dem Charakter des Angeklagten. Hofmeister, an dem die Folgen einer sechsmonatlichen Untersuchungshaft keineswegs spurlos vorübergegangen sind, macht den Eindruck eines gutmüthigen harmlosen Mannes. Daß Hofmeister seine Untergebenen zum Ungehorsam aufreizen sollte, traut ihm kein Mensch zu. Es

rumpelt. — Adieu, Herr Pfarrer!“ — Die Kutse fuhr die Straße hinunter und zum Thor hinaus.

Die Landstraße war voller Soldaten und Milizen, an vielen Orten mußte die Kutse stillhalten, um die Plüge vorbeizulassen. Endlich, als man den anderen Weg nach den Bergen eingeschlagen hatte, konnte die Reise ungestörter fortgesetzt werden. Der Arzt war sehr unruhig und sah nach allen Seiten um, murmelte für sich und war abwechselnd ängstlich und verdrießlich. Endlich, als die Gegend ihm einsam genug war, ließ er halten, stieg ab und half dem verwundeten Konrad, wie er ihn in der Stadt genannt hatte, selbst vom Wagen. „Armer, alter Freund“, rief er aus, indem er ihn mit großer Bewegung umarmte, „wie geht es Dir? Fühlst Du Dich ermüdet? Jetzt steige hier mit mir ein und verzeh mir alles, was ich zu Deiner Sicherheit habe thun müssen.“

„Mir ist ziemlich wohl, Du Guter, Treuer, antwortete der Herr von Beauvais, „aber leihe mir nun noch den Liebesdienst, daß wir noch einmal die Ruinen meines Hauses besuchen.“

Wila gab dem Kutscher die Anweisung, und sie stiegen ein. „Aber warum willst Du Dir das Herz noch schwerer machen?“ fing der Arzt an. „Komm lieber gleich mit mir, daß ich Dich in Dein kleines ländliches Asyl führe, um Dich dort bis auf bessere Zeiten zu verbergen. Denn jetzt ist doch nicht daran zu denken, daß man Dich über die Grenze schaffen könnte.“

„O mein armes Vaterland!“ seufzte der Parlamentsrath, „wie Verbrecher müssen nun auch die Rechtschaffenen das Verborgene suchen. Ich will mich nur noch einmal in die große Halle begeben: ein eiserner Wandschranke ist vielleicht von den Räubern und Flammen verschont geblieben, dort liegt das Bildniß meiner Gattin, welches ich in der Eile mit einzupacken vergessen hatte. Sehr schmerzlich würde es mir fallen, dies theuere Andenken verloren zu geben.“

Die Sonne war schon untergegangen, und sie näherten sich jetzt der heimathlichen, wohlbekannten Gegend. Aus den schwarzen Mauern stiegen noch qualmende Wolken, doch schien das Feuer erloschen. Der Wagen hielt, die Reisenden stiegen aus. Eine Laterne wurde angezündet,

dürfte auch schwer sein, hierfür den Beweis zu erbringen, denn wie allgemein verlautet, hat Hofmeister den Soldaten keineswegs über sozialdemokratische Grundsätze Vorlesungen gehalten, sondern sich mit seinen Untergebenen über alles Mögliche unterhalten. Sein „Verbrechen“ scheint darin zu liegen, daß er glaubte, außer Dienst Privatmann zu sein, daß er seine Soldaten nicht als Maschinen, sondern als Menschen betrachtete. Die Bourgeoisie hat Hofmeister zum Sozialdemokraten gestempelt, das ist er nach unseren Informationen nicht. Auf uns hat der Mann den Eindruck eines Schwärmers gemacht, wie solche in den Jahren dieses Offiziers nicht allein unter Studenten, Geistlichen u. s., sondern eben auch — beim Militär zu finden sind.

Ein Privattelegramm meldet uns: **Hofmeister wurde von Schuld und Strafe freigesprochen.**

Nicht wegen Geistesstörung, wie die „Volls-Ztg.“ berichtet, sondern weil die Hauptzeugen ihre vor dem Untersuchungsrichter gemachten Angaben zurückzogen, wurde Hofmeister freigesprochen. Die ärztlichen Sachverständigen erklärten Hofmeister für vollständig zurechnungsfähig. Wer entschädigt Hofmeister für die vielen Monate, die er im Gefängnis verbrachte, für den Schaden an Gesundheit, für eine vielleicht vernichtete Zukunft? —

Zigarettenpreise und Tabak-Fabrikationssteuer. Einer an die „Kölnische Volkszeitung“ gerichteten Korrespondenz entnehmen wir folgendes:

Jeder Zigarettenfabrikant würde nur noch die Zigaretten fabrizieren, aber nicht mehr sortieren und verpacken lassen, sondern lose und unfortirt an seinen Engros-Händler verkaufen, so fakturieren und versteuern; der Engros-Händler aber würde die Zigaretten sortieren, bündeln und so verpacken lassen, wie er sie für den Handel mit den Detail-Händlern gebraucht und zu festen Preisen, wie seither an die Detail-Händler verkaufen.

Die ganze Kontrolle würde also bei solcher Trennung der Fabrikation von dem Verkaufsgeschäft fraglich, denn nur der Fabrikant und der Engros-Händler blieben noch unter derselben, während alle Detail-Händler, Kaufleute und Wirthe, die statt wie bisher von dem Fabrikanten direkt, nunmehr von dem Engros-Händler der betreffenden Fabrik zu Preisen, in welche die Fakturensteuer bereits einbegriffen, kaufen würden, der Kontrolle entfielen.

Damit wäre aber die Identität der Zigaretten und deren richtige Werthbestimmung im Detailverkehr gar nicht mehr zu kontrollieren, sondern nur noch bei dem Engros-Händler und Fabrikanten durch Sachverständige festzustellen, ob die vom Fabrikanten lose fakturirten und gelieferten Zigaretten auch nach ihrem vollen Werthe versteuert wären.

Jeder Steuer-Techniker und Fachmann aber wird wissen, daß eine richtige Werth-Ermittelung von fertigen Tabak-Fabrikaten nahezu unmöglich ist.

Und um ein Bild von der Wirkung der vorgeschlagenen Fakturensteuer auf die Zigarettenpreise zu geben, konstatieren wir, daß eine Steuer von 40 Pct. des Fakturenwerthes die Hauptkonsum-Zigarette, die sogenannte 5-Pf.-Zigarette, welche in unserer Landschaft in rein amerikanischer Qualität zu durchschnittlich 36—37 1/2 M. pro Mille fortirt und verpackt hergestellt wird, um 14,80 M. — also um netto 12,80 M. vertheuere würde, daß ist das Stück um mindestens 1 Pf.; die 6-Pf.-Zigarette würde sich um 15 M. das Mille oder im Detailverkauf um 2 Pf. das Stück vertheuern.

Diese Zigarettenarten würden von dem Markt verschwinden und dafür Sorten aus inländischem Tabak oder gemischt mit inländischem Tabak eintreten, damit wäre aber die Zigarettenfabrikation in Westfalen, welche nachweislich an sieben Achielen der gesamten deutschen Zigarettenfabrikation und in der Hauptfache an den fünf- und sechs- bis acht-Pfennigs-Zigaretten beteiligt ist, ruiniert, da die Fabrikation der 6- und 6-Pf.-Sorten in der Hauptsache dem Großherzogthum Baden und der Pfalz zufallen würde.

Welche Noth durch die Arbeitslosigkeit einer solchen Menge Arbeiter in den Kreisen Herford, Minden, Osnabrück entliehen würde, liegt auf der Hand, und die preussische Regierung würde gezwungen werden, für die Versorgung der brotlos gewordenen Familien Staatsmittel flüssig zu machen, da die Gemeinden diese Last nicht dauernd tragen könnten.

Die Uebergangsperiode von der jetzigen zu einer anderen Fabrikationsweise, die ja dem neuen Steuerystem angepaßt werden müßte, würde noch tragischer sein, denn da kein Händler für die erste Zeit nach der Einführung der Fakturensteuer Bedarf haben würde, sondern erst nach und nach

und der Rath mußte sich darüber wundern, wie schwer es ihm wurde, sich in dem sonst wohlbekannten Hause zurechtzufinden. Niedergestürzte verkohlte und erloschene Balken hemmten den Eingang zum Saal, Asche und Schutt erfüllten den weiten Raum, alles war unkenntlich, und nur die Mauern bezeichneten noch den ehemaligen Sitz des Glückes und Friedens. Die Laterne warf einen bleichen wechselnden Schimmer auf die traurige Zerstörung, und indem bet ihrem Schein der Vater nach jenem Söhrante zitternd herumtappte, glaubte er in einem anderen Gemache eine Stimme zu vernehmen.

Als er genauer hinhorchte, war alles still; doch machte sich nach kurzer Frist ein tiefes, schmerzliches Seufzen von neuem vernehmlich, und wie aus qualbedrängter Brust erkönten dann die Worte: „Ja mein, mein sündliches Feuer hat diesen Wohnsitz in Asche gelegt, mein freilebender Ungestüm hat das Glück dieses theuern Hauses gemordet.“

„O mein unglücklicher Sohn!“ rief der Alte, indem er jenem Gemache entgegenstrebte; doch Edmund kam ihm schon entgegen, sank an ihm nieder und umfaßte seine Knie. „Können Sie mir vergeben? Können Sie mich noch lieben?“ rief er in heftiger Bewegung; „ich, ich Elender habe den Brand in dies Haus geschleudert, ich habe Sie und meine Schwester elend gemacht, ich bin wohl an Ihrem Tode schuld. O großmüthigster, mildester der Menschen, mit welchem zerrissenen Herzen liegt ich hier zu Ihren Füßen, nicht werth, sie zu umfassen, nicht des Staubes werth.“

Der Alte hob ihn auf drückte ihn an sich und sagte: „Nicht also, mein Sohn, nicht auf so kurzfristige Weise laß uns die Wege des Sühndals meistern und schelten. Du warst es, wie ich wohl weiß, der mich aus den Händen der Mordbrenner rettete. Dein Herz ist mir geblieben; diese Mauern, dieser todte Besitz gehörte nicht zu meinem Glück und Wesen, Du selbst bist mir näher und bist mir, gottlob! nicht verloren gegangen. Söhne es mir daß, ich Dich in den Trümmern wiedergefunden habe, und ich will dem Himmel mit Thränen der Jubelst für mein Unglück danken. Folge mir jetzt und verlaß diesen unglücklichen Bund. Es findet sich die Zeit und günstige Stunde, daß wir über die Grenzen unseres Vaterlandes

nieder der Bedarf an Zigarren einträte, so würden in der Zwischenzeit alle Arbeiter unserer Zigarrenindustrie auf längere oder kürzere Zeit seelen müssen. Unmittelbar nach Einführung der neuen Steuer würde vorläufig jede Zigarrenfabrikation in kleinerer Gegend so lange eingestellt werden müssen, bis sich die Fabrikationsverhältnisse geregelt hätten.

Macht man sich die Wirkungen aus, welche eine solche Arbeitslosigkeit in den Gemeinden unserer Landschaft herbeiführen würde, so müssen wir uns sagen, nicht allein alle Kreis-Gemeinden, sondern auch alle Gemeinde- und Verwaltungsbehörden müssen die Zigarren-Industriellen in dem Kampf gegen die geplante Faktura- oder Fabriksteuer unterstützen, damit ein solches Unglück nicht über unser Land kommt.

Es ist eben eine so hohe Besteuerung des Tabaks gar nicht anders möglich, als daß man die vorhandene Industrie dadurch deprimiert und den kleinen Mann empfindlich belastet. Die hohen Sätze der projektirten Steuer auf den Rauchtobak beweisen das so recht schlagend, und in der Konferenz ist schon gar keine Rede mehr von der Schonung der unbemittelten Klassen gewesen.

Die österreichische Wahlrechtsvorlage liegt in ihrem Wortlaute noch immer nicht vor, erst die morgen eintreffenden österreichischen Blätter werden uns denselben bringen. Die telegraphisch gemeldeten Einzelheiten und die bis nun vorliegenden österreichischen Zeitungen widersprechen sich. Die Rede des Grafen Taaffe, mit der er den Gesetzentwurf einbrachte, liegt vor. Dieselbe lautet nach dem Parlamentsberichte der „Neuen Freien Presse“:

Nach den eingehenden Erwägungen und Beratungen ist die k. k. Regierung zu der Ueberzeugung gelangt, daß es nöthig sei, die Erörterung der Frage der Wahlrechtsreform nicht weiter aufzuschieben. Es entspricht der Stellung der Regierung, in dieser wichtigen Frage selbst die Initiative zu ergreifen. Die Regierung beehrt sich demnach, auf Grund a. h. Ermächtigung einen Gesetzentwurf, betreffend die Ergänzung, beziehungsweise Aenderung der Reichsraths-Wahlordnung, dem hohen Hause zur verfassungsmäßigen Behandlung zu übergeben. Dieser Gesetzentwurf, welcher an den Grundlagen der bestehenden Verfassung festhält, bringt den Gedanken zum Ausdruck, allen denjenigen, welche ihre staatsbürgerlichen Pflichten in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise erfüllen, die Theilnahme am politischen Leben durch Ausübung des Wahlrechtes einzuräumen. Hierbei sollen nach Ausschauung der Regierung nur jene Beschränkungen eintreten, die sich aus allgemein staatslichen Gesichtspunkten als unabweisbar geboten darstellen. Bei der großen Wichtigkeit und Dringlichkeit der Vorlage beehrt sich die Regierung, an das hohe Haus des Erfinden zu stellen, unmittelbar nach Erledigung der beiden anderen soden eingebrachten Regierungsvorlagen, des Landwehrgesetzes und des Staatsvoranschlags für das Jahr 1894, in die meritokratische Verathung der Wahlrechtsvorlage eintreten zu wollen.

Ueber den Inhalt des eingebrachten Gesetzentwurfes, betreffend die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes, verlaute, nach den Informationen der „Neuen Freien Presse“ das folgende:

Die Interessenvertretung und das Gruppensystem der geltenden Verfassung bleiben aufrecht. Ebenso bleibt die Gesamtzahl der Abgeordneten unverändert. In den Landgemeinden wird nach wie vor indirekt gewählt. Im allgemeinen ist das Wahlrecht an die Bedingung geknüpft, daß der Wähler einen mindestens sechsmonatlichen Wohnsitz habe und des Lesens und Schreibens kundig sei. Jedoch sollen auch Analphabeten das Wahlrecht haben, wenn sie ihre Mitbürgerpflicht abgeleistet haben und sich mit einem Zeugnisse als Unteroffizier, oder einer Verdienstmedaille ausweisen, oder vor dem Heinde gefangen sind. Außerdem kommt auch solchen Analphabeten das Wahlrecht zu, die eine direkte Steuer zahlen oder in einem Dienstverhältnisse stehen.

Demnach wäre das Wahlrecht zum Theil ausgedehnter, als nach den ersten Berichten anzunehmen war, andererseits bleibt der reaktionäre Grundzug, nämlich die „händische“ Vertretung, dem österreichischen Parlamente erhalten.

Da unsere Partei keine Tagesblätter besitzt, so liegen Aeußerungen der sozialdemokratischen Presse noch nicht vor. Die liberalen Zeitungen sind bestürzt, sie fürchten, und mit Recht, daß die neuen Wähler nicht liberal stimmen werden und so der Liberalismus seine führende Stellung in Oesterreich verlieren wird, daß die stärkste parlamentarische Partei des gegenwärtigen österreichischen Parlaments zu einer kleinen Gruppe zusammenschmelzen werde. Ueber die Pressstimmen liegt folgende telegraphische Meldung vor:

Wien, 11. Oktober. Das liberale „Vaterland“ und die liberalen Zeitungen besprechen das neue Wahlrechts-Projekt und trösten sich mit der Erwartung, daß den allseitigen Erwägungen dieser Angelegenheit ein langer Spielraum gegeben sei. Vor dem Frühjahr werde die Vorlage kaum zur parlamen-

tarischen Entscheidung kommen und hoffentlich werde bis dahin dieselbe eine ganz andere Fassung erhalten haben. Das „Vaterland“ bedauert namentlich auch, daß Graf Taaffe wegen eines so hochwichtigen Alles, wie es die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes sei, nicht vorher die Wahl mit den Parteiführern genommen habe. Das „Freundenblatt“ glaubt, daß man in jedem Falle heißen parlamentarischen Kämpfen entgegengehe.

Der Ausnahmezustand in Prag. Ein Telegramm des Wolffschen Bureaus meldet:

Wien, 11. Oktober. Die Motive zur Verordnung betreffs der Ausnahmezustände in Prag und Umgebung sind heute veröffentlicht worden. In denselben wird der maßlose Mißbrauch der Pressfreiheit und des Vereins- und Versammlungsrechtes hervorgehoben, wodurch von Agitatoren eine Verheerung der Bevölkerung gegen die konstitutionellen Institutionen, die sozialen Stände und Nationalitäten, sowie gegen jede gesetzliche Autorität inszeniert wurde. Die Folgen der Agitation hätten sich gezeigt in den wiederkehrenden rohen Ausschreitungen gegen die katholische Kirche, in der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, in der Bedrohung der Sicherheit von Personen und Eigenthum, in der Misachtung von Behörden, in Widerstreblichkeiten gegen deren Organe und sogar in sehr bedauerlichen Ausschreitungen und in einer hochverrätherischen Tendenz, zu deren Bekämpfung die gewöhnlichen Mittel der Regierungsgewalt nicht ausgereicht hätten. Die Regierung behalte sich vor, konkrete Maßnahmen während der parlamentarischen Beratungen mitzutheilen.

Ueber die österreichische „Pressfreiheit“ mit ihrem objektiven Verfahren, das Vereins- und Versammlungsrecht kennt, das die Gründung von Vereinen und die Abhaltung von Versammlungen von der Genehmigung der Polizeibehörden abhängig macht, kann es nur als ein Zeichen der Unfähigkeit der österreichischen Behörden betrachtet werden, wenn sie hoffen eine Volksbewegung eher zu unterdrücken, wenn ihre ungeheuren Machtmittel noch etwas vergrößert werden. Die Jungezeihen werden das neue Schreckenregiment auch überdauern.

Todesstrafe in der Schweiz. Aus Bern wird unter dem 7. Oktober gemeldet, daß die Einführung der Todesstrafe von der mit der Abfassung des Schweizer Strafgesetzbuches betrauten Kommission mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt worden sei.

Hoffentlich wird dieser Kommissionsbeschluß auch Gesetzeskraft erlangen. Von den Leibes- und Lebensstrafen des älteren Rechts ist bekanntlich die Todesstrafe die einzige, welche auch im heutigen Recht der meisten sogenannten Kulturstaaten noch beibehalten ist. Allerdings hatte der Reichstag des Norddeutschen Bundes in der zweiten Lesung des jetzt geltenden Reichsstrafgesetzbuchs unter dem 1. März 1870 die Beseitigung der Todesstrafe mit 118 gegen 81 Stimmen beschlossen. Allein dieses Votum paßte dem Blut- und Eisenmenschen nicht in den Kram, und nachdem er bei der dritten Lesung am 23. Mai 1870 eine Lanze zu Gunsten der Beibehaltung der Todesstrafe gebrochen hatte, fielen die tapferen und charakterfesten Nationalliberalen zum Theil um, und das Resultat der Abstimmung war — die Beibehaltung der Todesstrafe mit 127 gegen 119 Stimmen!

Verbesserung des Schulwesens in der Schweiz. Der Bund soll künftig den Volksschul-Unterricht durch Beiträge unterstützen. Dieselben sollen, einer Mittheilung der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, speziell Verwendung finden für den Bau neuer Schulhäuser, für Errichtung neuer Lehrstellen, Beschaffung von Lehr- und Veranschaulichungsmitteln, unentgeltliche Abgabe von Schulmaterialien an Schulkinder, Versorgung von Schülkern während der Schulzeit mit Speise und Kleidung, Ausbildung von Lehrern, Aufbesserung von Lehrerbefoldungen, Einrichtung von Turnplätzen. Auf die Dauer von 5 Jahren sollen jährlich 1 200 000 Fr. zu diesem Zwecke verabsolgt werden. Als Gegenleistung verlangt der Bund neben der gewissenhaften Verwendung der Beiträge gewisse Rechte der Kontrolle über die Verwendung der beanspruchten Subventionen.

Der belgische Streik scheint beendet zu sein, wie die folgenden Depeschen beweisen:

Charleroi, 10. Oktober. Das Exekutiv-Komitee der „Mitter der Arbeit“ beschloß nach einer stürmisch verlaufenen Sitzung, daß in dem Kohlenbeden von Charleroi morgen die Arbeit wieder aufgenommen werden soll.

Charleroi, 11. Oktober. Achttausend Grubenarbeiter haben heute die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik wird morgen voraussichtlich vollständig beendet sein.

„Wohl drängt die Stunde,“ rief Wila, „wir haben noch weiter Weg vor uns und müssen die Nacht benutzen.“
„Hier ist der verborgene Schrank, noch unversehrt,“ rief der Parlamentsrath, „ganz wie ich vermuthet hatte.“
Er nahm einen Schlüssel, öffnete und leuchtete hinein. Unter manchen Geräthen, welche dort aufbewahrt waren, fand er in einem Kästchen das Bild. Mit Thränen betrachtete er es und wollte es zu sich stecken, als Lacoite seine Hand ergriff und sagte: „Nur einen Augenblick, um ehemaliger Bekanntheit und Freundschaft willen, laß auch mir dies Angesicht nach so vielen Jahren einmal in meinem Iden Herzen wieder aufblühen.“

Der Vater gab es ihm zitternd; Lacoite hielt es scharf gegen das Licht und betrachtete es starr mit seinen weitgeöffneten grauen Augen; eine Thräne entfiel ihm unbewußt, er drückte einen Kuß auf das Bild und gab es dem Rathe zurück. „Sieh, sieh,“ sagte er zu sich selbst, „jeder Mensch bleibt doch ein Narr, gebärde er sich auch, wie er will. Können jene sich bei ihren Reliquien auch so viel denken und einbilden, wie ich eben jetzt fühlte, je nun, so mögen die Armen auch nicht so ganz unrecht haben.“

Roland steht mit seiner Mannschaft in der Nähe,“ sagte Edmund; „einige von uns mögen Sie geleiten, theurer Vater, so weit Sie begehren, damit wenigstens die Unrügen Sie nicht mißhandeln.“

„Klug gesprochen,“ sagte Lacoite, „denn wir sind auch, mit Vergnügen, ganz verrücktes Gesindel.“

Der Parlamentsrath stieg mit seinem Freunde wieder ein, indem er sagte: „Jetzt sind wir freilich so weit gebracht, daß die gewöhnliche Vorsicht überflüssig wird. Sorgen wir dafür, daß unser Freund Wila nicht durch uns ebenfalls elend werde.“

„Wäre mein Sohn nur vernünftig,“ sagte dieser, „so möchten sie mit mir alten abgelegten Sünden machen, was sie wollten. Sterben wird fast eine Zerstreung, die man aussucht, so wie die regierenden Herren die Sachen zugerichtet haben.“

Sie fuhren fort, und Edmund und Lacoite folgten zu Pferde, um sie bis zu Rolands Trupp zu begleiten.
(Fortsetzung folgt.)

Der Freund des Bourbaix an der Arbeit — betitelt der Brüsseler „Peuple“ seinen letzten Leitartikel. Herr Bourbaix ist jener Biedermann und Anarchist, der vor 6 oder 7 Jahren im Auftrage des Ministers Bernaert Dynamit-Attentate verübte, um den damaligen Bergarbeiter-Streik in Mißkredit zu bringen und der Regierung Waffen gegen die Sozialdemokraten zu liefern. Herr Bourbaix, der, gleich Bernaert, seiner staatsverräterischen Thaten geständig war, wurde seinerzeit zu Zuchthaus verurtheilt, bald aber begnadigt. Wohin er gekommen ist, weiß man nicht. Aber jetzt treibt sich in dem belgischen Streikgebiet ein Doppelgänger desselben herum, der — ganz in der bekannten Bourbaix-Weise — Dynamit legt, das meistens „zufällig“ entzündet wird, mitunter aber auch zu einer gewaltig lärmenden Explosion kommt. Herr Bernaert ist noch immer am Ruder; und wir haben nicht den mindesten Grund anzunehmen, daß er sich gebessert habe oder reinlicher geworden sei. Mit dem „Bruder des Bourbaix“ dürfte es also seine Richtigkeit haben.

Genosse Defaet ist soden als erster Sozialist in Belgien Mitglied einer Gemeindeverwaltung (entsprechend unserem Magistrat) und zwar der von Saint Gilles, einer Vorstadt von Brüssel, gewählt worden.

Der englische Kohlenstreik. Die Herren Grubenbesitzer sträubten sich gegen den von der Sheffielder Konferenz vorgeschlagenen Ausgleich. Ein Telegramm aus London vom gestrigen Tage besagt:

London, 10. Oktober. Die heute in Derby abgehaltene Versammlung der Grubenbesitzer lehnte die Forderung der Bergarbeiter ab, die Arbeit zu den früheren Lohnsätzen wieder aufzunehmen. Die Versammlung schlug jedoch vor, daß die Arbeit, damit der gegenwärtigen Nothlage der Bergarbeiter ein Ende gemacht werde, am nächsten Montag zu Lohnsätzen, die um 15 pSt. gegen die früheren gekürzt werden sollen, wieder aufgenommen werde. Ferner wurde die Errichtung eines Schiedsgerichtes, bestehend aus Vertretern der Grubenbesitzer und der Bergarbeiter zur Regelung künftiger Lohn-Erhöhungen oder Herabsetzungen in Vorschlag gebracht.

Der vom Schiedsgericht handelnde Poffus ist der reinste Hohn. Wenn die Herren Prohen einen Ausgleich wollen, so würden sie die Sheffielder Vorschläge annehmen haben. Uebrigens sind nicht alle Grubenbesitzer, die bis jetzt zum Verband hielten, mit diesem Vorgehen einverstanden. Ein zweites Londoner Telegramm meldet uns:

London, 10. Oktober. Die heute in Atherstone abgehaltene Versammlung der Grubenbesitzer von Warwickshire beschloß die in der gestrigen Konferenz zu Sheffield von den Bürgermeister gemachten Vorschläge anzunehmen und den Betrieb wieder zu beginnen. Die bisherigen Lohnsätze sollen bis zum 4. Dezember beibehalten werden, von welchem Zeitpunkt ab eine 10prozentige Reduktion eintritt. Acht Gruben des Distrikts Bolton haben bereits beschlossen, wieder arbeiten zu lassen.

Außerdem liegen folgende Depeschen vor:
London, 11. Oktober. In Nottingham haben zwei der Hüttengesellschaft Stanton gehörige Kohlengruben, welche 2000 Arbeiter beschäftigen, den Betrieb wieder aufgenommen. — Die übrigen Kohlengruben in Nottingham schlossen sich heute an.

London, 11. Oktober. Der Bergarbeiter-Streik nähert sich dem Ende. Mehrere große Hüttenwerke haben heute die Arbeit zu den früheren Lohnsätzen wieder beginnen zu lassen.

In dem Sheffielder Vorschlag, den der Ausschuß der Bergleute zur Urabstimmung zu bringen versprach, war eine Lohnreduktion von nur 7 pSt. in Aussicht genommen. Das Anerbieten der Grubenbesitzer von Warwickshire wird daher allem Vermuthen nach von den Arbeitern zurückgewiesen werden.

Das Vorgehen der Grubenbesitzer, die trotz der so riesig gestiegenen Kohlenpreise ihr, nur aus dem früheren niedrigen Preisstand der Kohlen begründeten Forderung einer Lohnreduktion verharren, wird nicht verfehlt, die ohnehin schon erbitterte öffentliche Meinung noch mehr gegen diese kapitalistischen Nimmersätze aufzubringen. Nach einem soden eingetroffenen Telegramm hat die englische Regierung beschlossen, in der Streitangelegenheit die Vermittelung zu übernehmen, falls sowohl die Grubenbesitzer als auch die Grubenarbeiter diese Vermittelung verlangen.

Die Chicagoer Weltausstellung, über deren Bankrott so viel geschrieben wurde, ist in Folge des stark angewachsenen Besuches nun schuldenfrei.

Parteinachrichten.

Landesversammlung der Sozialdemokraten Württemberg. (Fortsetzung.) Im ferneren Verlauf der Verhandlungen gelangten eine Reihe auf die Organisation und die Agitation Bezug habenden Anträge zur Verathung. Erwähnenswerth ist, daß die Versammlung die Herausgabe eines für die Bedürfnisse der bäuerlichen Bevölkerung berechneten Volkskalenders beschloß, doch soll sich, bevor zur Ausführung dieses Beschlusses geschritten wird, der Landesvorstand mit der Prüfung der Kostenfrage beschäftigen. Auch wurde beschlossen, von Zeit zu Zeit den Mitgliedschaften ein Flugblatt zur Verfügung zu stellen. Zur Frage der Waise wurde beschlossen, daß der 1. Mai überall womöglich durch Arbeitsruhe, mindestens aber durch Demonstrationen, die an diesem Tage zu veranstalten sind, begangen werde. Dem Parteitag in Köln soll der Antrag unterbreitet werden, daß die Parteipresse am 1. Mai auszufallen habe. Zur Waise wurde ferner beschlossen, daß die Arbeitsruhe sich auch auf Geschäfte erstrecken soll, die Parteiliteratur vertreiben. Die Wahl des Landesvorstandes hatte folgendes Resultat: Sperla, Vorsitzender, Behr, Schriftführer, Reichardt, Kassirer, Benz und Bösch Beisitzer. Zu Revisoren wurden die Genossen Glaser, Cannstatt, Fischer, Göttingen, Gohl, Degerloch, wiedergewählt. Zum Kölner Parteitag wurden als Delegirte gewählt: Reichardt, Stuttgart, Kuttler-Heilbronn, Stamm-Cannstatt und Thiele-Göttingen. Nachdem ferner noch bezüglich einiger dem Kölner Parteitag zu unterbreitenden Anträgen beraten und Beschluß gefaßt war, hatte die Versammlung um 9 1/2 Uhr Abends ihre Aufgaben erledigt. Der Vorsitzende schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie, worauf unter Mitbegleitung die Arbeitermarzialhaise gesungen wurde. An die Versammlung schloß sich ein gemüthlicher Abend, der die Genossen noch lange beisammenhielt.

Briefkasten der Redaktion.

Fr. O. Breslauerstr. 7. Der Generalstreik war Ende Mai bis Anfang Juni 1894. Der Branchenstreik Ende April bis Anfang Mai 1893.

hinaus stehen und unter einem anderen Himmel dann das Glück unserer Liebe wieder aufbauen dürfen.“

„Nur das verlangen Sie nicht von mir, großmüthiger Mann!“ rief Edmund wie im bewußtlosen Horn, „strafen, rächen muß ich mindestens, unseren und Gottes Feinden doch etwas vergelten. O, Catinat, wie unrecht that ich Dir, Dich zu scheitern. Nein, ich will kein Erbarmen so tief herabwürdigend, es an diese Kleiden zu verschwenden, die den Tiger noch in die Lehere nehmen könnten, um seine Lücke und Grausamkeit zu wehren.“

Wila machte sich mit der Laterne herbei und leuchtete dem Jüngling in das blasse und verlornte Antlitz, indem er mit der größten Gutmüthigkeit sagte: „Ei! Edmundchen! Rindchen! Laß Dir rothen: folge doch nur ein einziges Mal Deinem Alten da, der immer nur das Vernünftige von Dir genosst hat.“

„Laß ihm die Rache,“ sagte der Vater mit starker Stimme, ihm, der alles lenkt und voraussieht, und in dessen allmächtigem Arm unser Horn und unsere Ohnmacht nicht Rache mehr ist. Rache! ich verstehe das Wort nicht. Für dieses Gefühl wurden unsere Herzen nicht geschaffen.“

„Immer und immer noch die alte Narrheit!“ rief eine tiefe Stimme von hinten, und die große Gestalt des greisen Lacoite tappte in der Finsterniß über die Schutthäufen herbei. „Rache! Haß!“ rief er; „wer das Gefühl nicht kennt, kennt wohl auch die Liebe nur halb. Kennst Du mich noch, Deinen Nebenbuhler, den Lacoite, den Du vor vielen Jahren so unglücklich gemacht hast? Der es schlimm mit Dir vorhatte, wenn da Dein braver Edmund nicht war.“

„Wie kommst Du hierher?“ rief der Vater erstaunt.

„Was treibst Du hier?“

„Deines Sohnes Hund bin ich geworden,“ antwortete dieser; „solche Dienste ihu“ ich ihm jetzt, soviel ich vermag, und wenigstens laufe ich ihm nach aus Dankbarkeit, weil er mir das Leben gerettet hat.“

„Hab' ich doch kaum Zeit und Gefühl,“ sagte der Herr von Beauvais, „mich über dieses seltsame Zusammentreffen zu verwundern.“

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 12. Oktober.
Opernhaus. Die Meisterfänger von von Nürnberg.
Schauspielhaus. Basantafena.
Deutsches Theater. Man sagt!
Berliner Theater. Julius Caesar.
Leistung-Theater. Mauerblümchen.
Wallner-Theater. Der Herrgottschneider von Ammergau.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Vogelhändler.
Kochens-Theater. Das System Ribadier. Vorher: Sympathie.
Neues Theater. Jugend.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazi.
Central-Theater. Berliner Vollblut.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
Alexanderplatz - Theater. Das Damenbad. Vorher: Die Ballettschule.
National - Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Vorher: Die guten Hanten.
Gebrüder Richter-Theater. Lustige Freisäcker.
Wintergarten. Spezialitäten - Vorstellung.
Reichshafen-Theater. Spezialitäten - Vorstellung.
Apollo - Theater. Spezialitäten - Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten - Vorstellung.

National-Theater.
 Große Frankfurterstraße 182.
Doppelvorstellung zu ein. Preisen.
 Sensationelle Novität!
 Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
 Große Ausstattungspöhe mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Eugen Pruden. Komplet v. Linderer. Musik von Adolph Wiedede. Regie: Max Samst.
 Vorher:
 Die guten Hanten oder: Hirsch in der Kanthaus.
 Poffe in 1 Akt von H. J. Anders. Musik von verschiedenen Komponisten. Regie: Hugo Hummel.
 Kassenöffn. 8 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Vorher: Die guten Hanten.
 Sonntag, den 15. Oktober, Mittags 12 Uhr: Wollvorstellungen - Matinee zu bedeutend ermäßigten Preisen:
Das Räthchen von Heilbronn.

Wallner-Theater.
 Vierteltes Gastspiel der **Schliersee's Bauern.**
 Zum 1. Male: Jägerblut.
 Freitag, Sonnabend, Sonntag: Jägerblut.
Central-Theater.
 Alte Jakobstraße 30.
Berliner Vollblut.
 Poffe mit Gesang in 4 Akten v. Jean Kren. Musik von Julius Einödshofer.
 Tagesklasse von 10 bis 2 Uhr und von 5 Uhr an.
 Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Im dritten Akte:
Bajazzi-Parodie
 vorgetragen von Frau Josefina Dora und Herrn Carl Meissner.
 Morgen: Berliner Vollblut.

Adolph Ernst - Theater.
Charley's Tante.
 Schwan in 3 Akten v. Brandon Thomas.
 Vorher:
Die Bajazi.
 Parodistische Poffe mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson. In Szene geföhrt von Adolph Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar.
 Dresdenstr. 52/53 (City-Pass.)
 Schönste und billigste Sehenswürdigkeit der Residenz!
 Spezialitäten I. Ranges!
Herr! Novität! Herr!
Ruepp II,
 oder:
 Das Blumengetel von Nieder-Schönhausen.
 Anfang: } Wochentags 7 1/2 Uhr.
 } Sonntags 8 Uhr.
 Entree Wochentags 15 Pf.
 R. Winkler.

Alcazar.
 Dresdenstr. 52/53 (City-Pass.)
 Schönste und billigste Sehenswürdigkeit der Residenz!
 Spezialitäten I. Ranges!
Herr! Novität! Herr!
Ruepp II,
 oder:
 Das Blumengetel von Nieder-Schönhausen.
 Anfang: } Wochentags 7 1/2 Uhr.
 } Sonntags 8 Uhr.
 Entree Wochentags 15 Pf.
 R. Winkler.

Alcazar.
 Dresdenstr. 52/53 (City-Pass.)
 Schönste und billigste Sehenswürdigkeit der Residenz!
 Spezialitäten I. Ranges!
Herr! Novität! Herr!
Ruepp II,
 oder:
 Das Blumengetel von Nieder-Schönhausen.
 Anfang: } Wochentags 7 1/2 Uhr.
 } Sonntags 8 Uhr.
 Entree Wochentags 15 Pf.
 R. Winkler.

Altes Schützenhaus,
 Einienstraße 5, empfiehlt seine Festsäle (560 Personen fassend) zu allen Gelegenheiten.
 20656

Castan's Panopticum.

Weltberühmte Ausstellung von Wachsfiguren und Gruppen. Musikanten. Irrgarten. Schreckenskammer.



Passage-Panopticum.
 Soeben aus Chicago eingetroffen:
Der blaue Mann.
Die Nfendame.
 11-1 Uhr. 4-9 Uhr.

Präuser's MUSEUM
 anatomisches
 Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße.
Viel Neues, darunter der Schiffsanal der deutschen Militärs, fünf Körper gehend durch geöffnet von früh 9-10 Uhr Abends für erwachsene Herren.
Dienstag u. Freitag: Damentag.
 Entree 50 Pfg.

American-Theater.
 Novität für Berlin! Novität für Berlin!
Les deux Crenlets. Unüberwindungs-Instrumentalisten.
Hugo Schulz als Trompeter von „Jitschewitz“, hochkomisches Intermezzo.
„Der kleinste Husaren-Lieutenant“.
 Neuester Original-Vortrag von Josefina Dolchisour.
 Engen Zoher, Sächs. Orig.-Humorist.
 Alfred Bender mit neuen Kompletts eigener Dichtung.
Grosser Erfolg!
Berliner in Chicago.
 Elfriede Eckmudt, hochint. Konzertsängerin.
 Anf. Wchgt. 7 1/2 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Kaufmann's Variété
 Stadtbahn-Station Alexanderplatz.
Täglich: Gross. Concert.
 Spezialitäten-Vorstellung von nur Rünstlern I. Ranges.
Diana Truppe, Akrobaten (6 Personen).
Familio Kraussel, russisches Orchester (6 Personen).
Geschw. Silviar, Gesang-Tanz-Terzett.
Paul Krugeler, Gesang-Humorist.
Ballet Excelsior, 8 Damen.
Solotänzerin M. Kunschmann.
 Kassenöffnung: Sonntags 5 Uhr, Anfang 6 Uhr; Wochentags 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 A. Zimmermann.

„Sanssouci“
 Kottbuserstr. 4a.
 Jeden Donnerstag und Sonntag:
Stettiner Sängers.
 Anfang 8 Uhr.
 Entree 50 Pfg.
 Im Vorverkauf 40 Pf. (Siehe Plakate.)
 Auftreten von
Neumann-Bliemchen und Fritz Steidl.
 Freitag, den 19. Oktober: Soiree in der Victoria-Brauerei.

Gratweil'sche Bierhallen
 Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich von 5 Uhr ab:
Grosses Frei-Concert
 Soireen der Leipziger Sängers vom Arnshall-Palast.
 Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reservirt 30 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf.
Anerkant gute Küche.
Säle
 für Festlichkeiten u. Versammlungen.
 8 Regelbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf.
 Programm unentgeltlich. Carl Koch.
Kräftiger Mittagstisch mit Bier 50 Pf. Vereinszimmer zu vergeben.
 Heinde, Böschstr. 5. part.
 Ein Vereinszimmer mit Klavier ist zu verg. Rantkestr. 48. H. Ellbert.
 Vereinszimmer mit Piano für 20 bis 30 Personen Kohlen-Ufer 4. [2496b]

Arbeitsmarkt.
 Tächt. mech. Weber a. Portieren-Flüche sowie Spulserinnen Grüner Weg 109, Paah. 2477b
 Farbignmacher verl. Barnimstr. 2.
Blätterinnen
 auf Umgelegtrogen und Manschetten sucht bei dauernder Beschäftigung 2488b Felix Karpe, Blumenstr. 70.
Handknopfloch - Arbeiterinnen in und außer dem Hause finden dauernde Beschäftigung. Gebr. Vorchardt, 2454b) Neue Königstr. 19.
Partonarbeiterin verl. Gehert, Schmidtstr. 15. 2468b
 Eine alte deutsche Feuer-Verf.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expeditor entgegen. 1949b

Arbeitsmarkt.
 Tächt. mech. Weber a. Portieren-Flüche sowie Spulserinnen Grüner Weg 109, Paah. 2477b
 Farbignmacher verl. Barnimstr. 2.
Blätterinnen
 auf Umgelegtrogen und Manschetten sucht bei dauernder Beschäftigung 2488b Felix Karpe, Blumenstr. 70.
Handknopfloch - Arbeiterinnen in und außer dem Hause finden dauernde Beschäftigung. Gebr. Vorchardt, 2454b) Neue Königstr. 19.
Partonarbeiterin verl. Gehert, Schmidtstr. 15. 2468b
 Eine alte deutsche Feuer-Verf.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expeditor entgegen. 1949b

Dem Hundefänger Otto Fölber gen. Jgnah, zu seinem heutigen Geburtstag ein donnerndes Hoch, daß die Hunde Kreuzpolla tanzen.
Die Maulforbslofen.
 Dem Waferrmüller und Angelbruder J. J. Steinfeher Karl Schulze zu seinem heutigen Geburtstag ein donnerndes Hoch!
 Ein schallendes Hoch unserm alten Stammvater Herrn Carl Sommerfeld zu seinem heutigen Wiegenfest. Dargebracht von den Gästen der A. G. G. Schlegelstraße. 2485b
Dankfagung. [2475b
 Dem Hlösterchen Gesangsverein für die Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes Heinrich Niesel meinen herzlichsten Dank. Die tiefbetrübte Frau Riedel u. Kinder.

Allgemeiner Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnenverein Berlins und Umgegend.
 Freitag, den 13. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im „Vereinshaus Südost“:
General-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann aus Zeitz. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Sommerfest, von den Gewerbergerichts-Wahlen sowie Kassenbericht des 3. Quartals. 4. Vereinsfachen. 161/8
 Wir ersuchen die Mitglieder vollständig zu erscheinen. Auch die Kollegen der Gummibranche sind hiermit eingeladen.
Der Vorstand.

Ganverein Berliner Bildhauer
 Heute, Donnerstag, den 12. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, Annenstr. 16:
Generalversammlung.
 Tagesordnung: Entgegennahme der Rechenschaftsberichte, Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 147/10 **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Arbeiterverein für Cöpenick und Umgegend.
 Dienstag, den 17. Oktbr., im Kaiserhof:
Öffentl. Vereinsversammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag: Der Kampf gegen das Verbrechen. Referent: Jul. Lutz. 2. Diskussion. 3. Vierteljahrsbericht des Kassirers. 4. Abrechnung von der Kassenfeier. 5. Vereinsangelegenheiten. 104/13
 Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

Tischler-Verein.
 Infolge anhaltender Krankheit hat Herr A. W i n t e r das Amt als Kassirer niedergelegt. 833/1
 Herr E. W o l f, Prinzenstr. 8, Quergebäude 4 Tr., ist in der letzten Generalversammlung als Kassirer gewählt worden u. sind Kassenangelegenheiten bei demselben zu erledigen. Sprechstunden an Wochentagen Abds. 7 1/2-9 Uhr.
Der Vorstand.

Etablissement Buggenhagen.
 Täglich: Or. Instrumental-Konzert. Or. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Audshant von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel.
 An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., hatt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.
Briefmarken-Sammlungen und Kolumbusmarken, auch Marken aus alten Briefschaften kauft zu guten Preisen. 2494b
Julius Kainz,
 SW. Friedrichstr. 230.
 W. Potsdamerstr. 20, Hof part.

Gardinen-Reste
 zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Fabrik Grüner Weg 80, prt. Eing. v. Hür.
Arbeitsmarkt.
 Tächt. mech. Weber a. Portieren-Flüche sowie Spulserinnen Grüner Weg 109, Paah. 2477b
 Farbignmacher verl. Barnimstr. 2.
Blätterinnen
 auf Umgelegtrogen und Manschetten sucht bei dauernder Beschäftigung 2488b Felix Karpe, Blumenstr. 70.
Handknopfloch - Arbeiterinnen in und außer dem Hause finden dauernde Beschäftigung. Gebr. Vorchardt, 2454b) Neue Königstr. 19.
Partonarbeiterin verl. Gehert, Schmidtstr. 15. 2468b
 Eine alte deutsche Feuer-Verf.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expeditor entgegen. 1949b

Gardinen-Reste
 zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Fabrik Grüner Weg 80, prt. Eing. v. Hür.
Arbeitsmarkt.
 Tächt. mech. Weber a. Portieren-Flüche sowie Spulserinnen Grüner Weg 109, Paah. 2477b
 Farbignmacher verl. Barnimstr. 2.
Blätterinnen
 auf Umgelegtrogen und Manschetten sucht bei dauernder Beschäftigung 2488b Felix Karpe, Blumenstr. 70.
Handknopfloch - Arbeiterinnen in und außer dem Hause finden dauernde Beschäftigung. Gebr. Vorchardt, 2454b) Neue Königstr. 19.
Partonarbeiterin verl. Gehert, Schmidtstr. 15. 2468b
 Eine alte deutsche Feuer-Verf.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expeditor entgegen. 1949b

Gardinen-Reste
 zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Fabrik Grüner Weg 80, prt. Eing. v. Hür.
Arbeitsmarkt.
 Tächt. mech. Weber a. Portieren-Flüche sowie Spulserinnen Grüner Weg 109, Paah. 2477b
 Farbignmacher verl. Barnimstr. 2.
Blätterinnen
 auf Umgelegtrogen und Manschetten sucht bei dauernder Beschäftigung 2488b Felix Karpe, Blumenstr. 70.
Handknopfloch - Arbeiterinnen in und außer dem Hause finden dauernde Beschäftigung. Gebr. Vorchardt, 2454b) Neue Königstr. 19.
Partonarbeiterin verl. Gehert, Schmidtstr. 15. 2468b
 Eine alte deutsche Feuer-Verf.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expeditor entgegen. 1949b

Gardinen-Reste
 zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Fabrik Grüner Weg 80, prt. Eing. v. Hür.
Arbeitsmarkt.
 Tächt. mech. Weber a. Portieren-Flüche sowie Spulserinnen Grüner Weg 109, Paah. 2477b
 Farbignmacher verl. Barnimstr. 2.
Blätterinnen
 auf Umgelegtrogen und Manschetten sucht bei dauernder Beschäftigung 2488b Felix Karpe, Blumenstr. 70.
Handknopfloch - Arbeiterinnen in und außer dem Hause finden dauernde Beschäftigung. Gebr. Vorchardt, 2454b) Neue Königstr. 19.
Partonarbeiterin verl. Gehert, Schmidtstr. 15. 2468b
 Eine alte deutsche Feuer-Verf.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expeditor entgegen. 1949b

Gardinen-Reste
 zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Fabrik Grüner Weg 80, prt. Eing. v. Hür.
Arbeitsmarkt.
 Tächt. mech. Weber a. Portieren-Flüche sowie Spulserinnen Grüner Weg 109, Paah. 2477b
 Farbignmacher verl. Barnimstr. 2.
Blätterinnen
 auf Umgelegtrogen und Manschetten sucht bei dauernder Beschäftigung 2488b Felix Karpe, Blumenstr. 70.
Handknopfloch - Arbeiterinnen in und außer dem Hause finden dauernde Beschäftigung. Gebr. Vorchardt, 2454b) Neue Königstr. 19.
Partonarbeiterin verl. Gehert, Schmidtstr. 15. 2468b
 Eine alte deutsche Feuer-Verf.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expeditor entgegen. 1949b

Große öffentl. Volks-Versammlung
 am Donnerstag, den 12. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Berliner Pochbrauerei, Tempelhofer Berg.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Zweck und Nutzen der Konsum-Vereine“.
 Referentin Frau Alina Palm. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreichen Besuch bittet
 2455b **Der Einberufer.**
 Die Frauen sind ganz besonders zu dieser Versammlung eingeladen. Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt.

Achtung!
Freie Vereinigung der Getreideträger und Speicherarbeiter.
 Sonntag, den 15. Oktober, Vormittags 10 1/2 Uhr: im Lokale des Herrn Köllig, Neue Friedrichstraße 44:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Vereinsangelegenheiten. — Kollegen, welche der Vereinigung beitreten wollen, haben Zutritt. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 197/17 **Der Vorstand.**

Achtung! Kutscher! Achtung!
 Am Freitag, den 13. Oktober, Abends 9 Uhr.
Große öffentliche Versammlung
 sämtlicher Kutscher Berlins
 im Lokale des Herrn Haase, Große Frankfurterstraße Nr. 117.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Lohnverhältnisse im Fuhrgewerbe, speziell unter den Droschkenkutschern. Referent: Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zu zahlreichem Besuch ladet ein
 143/2 **Der Einberufer: Otto Rang, Droschkenkutscher.**

Freie Vereinigung der Kaufleute Berlins.
 Sonnabend, den 14. Oktober 1893,
 in den Festsälen des Industrie-Gebäudes (Verein junger Kaufleute), SW. Weuthstraße 20/21:
IV. Stiftungsfest.
 Aufführung des Theaterstückes:
Eine Rettung.
 Volksstück mit Gesang in 1 Akt von Julius Tark. Musik von B. Dillenberger.
 Dargestellt von Mitgliedern des „National-Theaters“.
 Billets sind bei W. Steffen, Kochstraße 4, 3 Tr. links; Gottfried Schulz, Admiralstraße 40a; W. Bärner, Ritterstraße 108; S. Baake, City-Passage; A. Ochs, Lindenstraße 59, zu haben.
 417/6 **Der Vorstand.**

Rixdorf. Victoria-Säle. Rixdorf.
 Hermannstrasse 45, vis-à-vis der Vereinsbrauerei.
 Am Sonnabend, den 14. Oktober 1893, Abends 8 1/2 Uhr:
Vokal- und Instrumental-Konzert,
 verbunden mit Theater, Vorträgen, lebenden Bildern und Tanz.
 Zum Besten der Errichtung einer Dissidenten-Schule.
 veranstaltet von der **Freien Gemeinde zu Rixdorf und Umgeg.**
 unter Mitwirkung des Vereins „Rhetorik“
 und der Gesangs-„Schneeglöckchen“ u. „Freie Gemeinde“ (gem. Chor) Berlins.
 Die Musik wird von der „Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker“ ausgeführt. — **Entree 20 Pfg.** 417/6
 Um zahlreichen Besuch bittet **Das Komitee.**

Unterstützungsverein deutscher Hutmacher
 (Filiale Berlin).
 Am Sonnabend, den 14. Oktober cr., im Saale des „Böhmischen Brauhauses“, Landsberger Allee 11-13:
Großes Tanz-Kränzchen,
 unter gütiger Mitwirkung der Gesangsvereine Einigkeit und Gleichheit (Mitgl. des A.S.V.)
 Die Musik wird von Mitgliedern der „Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker“ unter Leitung des Herrn Schonerl ausgeführt.
 Auftreten des beliebtesten Quettistenpaares M. u. E. Strossow, des Tenor-Solisten Herrn A. Reinhardt, sowie der jugendlichen Soubrette Frä. Luol.
Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Herrn F. Jübell.
 Aufführung lebender Bilder und grosso Pospolonaisse.
 Anfang 8 Uhr. Entree Herren 50 Pf. (inkl. Tanz), Damen 25 Pf.
 Freunde und Gönner des Vereins sind hierzu freundlichst eingeladen.
 175/5 **Das Komitee.**

Köpenick.
Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer
 am Freitag, den 13. d. M., Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Kautsch („Kaiserhof“).
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Hoffmann (Zeitz) über: „Die zehn Gebote und die bestehenden Klassen.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. Zur Deckung der Unkosten 10 Pfennig Entree.
Der Einberufer.

Köpenick.
Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer
 am Freitag, den 13. d. M., Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Kautsch („Kaiserhof“).
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Hoffmann (Zeitz) über: „Die zehn Gebote und die bestehenden Klassen.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. Zur Deckung der Unkosten 10 Pfennig Entree.
Der Einberufer.

Echt Stonsdorfer Likör
 4 Liter 1,20, 5 Liter 1,50, 10 Liter 10,—, 50 Liter 47,50, 100 Liter 90,—
Eugen Neumann & Co.
 6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.
Möbel u. Polsterwaren Aug. Herold,
 Oranienstr. 83/84.

!! Arbeiter !!
 Jeder Fuselschnaps untergräbt langsam aber sicher Euer Gesundheit. Trinkt deshalb nur fuselsfreie, natürliche Branntweine.
 Solche sind die **Cognacs, Marle Léonons Gonzac & Co.** der **French-Cognac-Brandy-Distillery in Germany, Centrale Berlin N., Oranienburgerstrasse 17.** Zu haben wo Plakat aushängt und Glasflasche mit Original-Étiquette vorhanden ist. 4962L*
 Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Weuthstraße 2. Hierzu zwei Beilagen.

Parteigenossen!

Nachstehend veröffentlichen wir, entsprechend den Bestimmungen des § 8 unseres Organisationsstatuts, die bis heute eingegangenen Anträge zum Parteitag.

Soweit Anträge, die in Versammlungen angenommen wurden, nur in der Parteipresse veröffentlicht, aber nicht an den Parteivorstand eingesandt wurden, haben sie in der nachstehenden Veröffentlichung keine Aufnahme gefunden. Wollen die Genossen, daß ihre Anträge ordnungsgemäß behandelt werden, so müssen sie auch dafür Sorge tragen, daß die Bestimmungen unserer Partei-Organisation eingehalten werden.

Sollten bereits beschlossene Anträge noch in die dem Parteitag zugehende Vorlage Aufnahme finden, so müssen die Genossen dieselben schleunigst an das Parteibureau

Berlin SW., Raybachstr. 9,

einpenden.

Diese verspätet eingegangenen Anträge sollen dann in der Vorlage besonders ausgezeichnet werden und können dieselben event., nach Erledigung der notwendigen Geschäftsordnungs-Formalitäten, bei den zutreffenden Punkten der Tagesordnung mit zur Verhandlung gestellt werden.

Berlin, den 11. Oktober 1893.

Der Parteivorstand.

Zur Tagesordnung.

Die Parteigenossen im 2., 3., 5. und 6. Berliner und des Wahlkreises Teltow-Weesow-Charlottenburg: Auf die Tagesordnung nachstehenden Punkt zur Verhandlung zu setzen: Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen. Gleichzeitig dem Parteitag andeuten zu geben, als Referenten für den oben angeführten Punkt der Tagesordnung den Genossen Max Schippel zu bestimmen.

Parteigenossen des Wahlkreises Naumburg-Heil: Punkt 8 der provisorischen Tagesordnung als Punkt 3 zu setzen, und das Gleiche mit Ziffer 6 des 2. Theils (Religion ist Privatsache) des Programms zu thun.

Parteigenossen des 12. und 13. Sächsischen Wahlkreises: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Wie kann das Koalitionsrecht in Deutschland gewahrt und ausgebaut werden?“

Programm.

Parteigenossen in Lübeck: Das Parteiprogramm ist dadurch einfacher zu gestalten, daß in demselben die Fremdwörter so viel wie möglich durch deutsche Worte ersetzt werden.

Parteigenossen in Hocht a. M., Zeih-Weisenfels und der Parteigenosse C. Scholz-Berlin: Im II. Theil, Ziffer 6, den Punkt „Religion ist Privatsache“ zu streichen und dafür zu setzen: Die Religion und deren Lehren sind überall dort zu bekämpfen, wo dieselben dem Fortschritt der Wissenschaft entgegenstehen, oder die nach Erlösung aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft ringende Menschheit an der Erreichung dieses Zieles zu hindern suchen.

Parteigenossen in Solingen und Rheydt: Punkt 6 des Entwurfs Parteiprogramms: „Erklärung der Religion zur Privatsache“ wird gestrichen. An dessen Stelle soll es heißen: Punkt 6: „Die Sozialdemokratie ist eine politisch wirtschaftliche Partei und hat als solche mit religiösen Fragen nichts gemein. Sie bekämpft jedoch auf's Entschiedenste die Vertreter der verschiedenen Religionsgemeinschaften, wo ihre Lehren sich dem Emanzipationskampfe des Proletariats entgegenstellen.“

Parteigenosse Paul König-Berlin: Der Parteivorstand wird beauftragt, den ersten, prinzipiellen Theil des Parteiprogramms einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und für eine bessere, womöglich unantastbare Fassung zu sorgen.

Parteigenossen in Wist: 2. Theil, Punkt 1, Schluss, folgende Fassung zu geben: Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung und der Verurteilung wegen schwerer, roher und gemeiner Verbrechen.

Organisation.

Parteitag.

Parteigenossen des 2., 3. und 4. Berliner Wahlkreises, die Parteigenossen des pommerischen Parteitags in Stettin und die Parteigenossen von Hocht a. M.: Der alljährliche Parteitag soll nur in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr zu berufen.

Parteigenossen in Brässel: Die Kongresse als die Zahl der Delegierten sind zu beschneiden. Die bei Kongressen üblichen Festlichkeiten haben zu unterbleiben.

Parteigenossen in Düsseldorf: Die Landes-Parteitage sollen nur alle zwei Jahre stattfinden. Außerordentliche Parteitage sind nur zulässig nach einer stattgehabten Reichstagswahl, oder wenn die Nothwendigkeit eines solchen entweder vom Parteivorstand oder mindestens 25 Wahlkreisen ausgesprochen worden ist.

Parteigenossen in Elberfeld: Die §§ 7 und 8 der Parteioorganisation dahin abändern: § 7 der Parteioorganisation zu ändern: Alle zwei Jahre findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist u. s. w. § 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens 6 Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben erfolgen, sofern nicht außerordentliche Verhältnisse dieses unmöglich machen u. s. w.

Parteigenossen in Barmen: 1. Alle Anträge zum Parteitag sind bis zum 15. August beim Vorstände einzureichen. 2. Das Geschäftsjahr schließt mit dem 31. August und sind der Rechenschaftsbericht und sämtliche Anträge zur Kenntniß der Genossen zu bringen.

Die Kreis-Konferenz der Genossen des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises: Dem § 9 Abs. 1 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als eine Person vertreten sein darf. Abs. 2 und 3 wie bisher. Abs. 4: Der Parteitag setzt die Listen für die Theilnehmer fest und sind erstere aus der Parteiliste auszuwählen. Jedoch ist jeder Wahlkreis verpflichtet nach Maßgabe der, bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen zur Deckung der durch den Parteitag erwachsenden Kosten beizutragen.

Parteibeamten.

Parteigenossen in Ostrowo: Hinter § 13 des Organisationsstatuts folgenden Paragraphen 13 a einzuschalten: „Nach

Ablauf der Kämter der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassierers dürfen höchstens 3 von den mit diesen Kämtern betrauten gewesenen Parteigenossen in die neue Parteileitung gewählt werden. Kein Parteigenosse darf dem Parteivorstand ohne Unterbrechung länger als 2 aufeinanderfolgende Jahre hindurch angehören. Von den 5 für ein Geschäftsjahr mit den Kämtern der Vorsitzenden, Schriftführer oder des Kassierers betrauten Parteigenossen dürfen nicht mehr als 3 in einem anderen Geschäftsjahr in die Parteileitung gewählt werden. Von den 7 Kontrollleuten dürfen nach Ablauf eines Geschäftsjahres nicht mehr als 4 wiedergewählt werden. Kein Parteigenosse darf das Amt eines Kontrollleuts ohne Unterbrechung länger als 2 aufeinanderfolgende Jahre hindurch innehaben.

Parteigenossen in Hocht a. M. und Bernau: Zu Orts- oder Kreisvertrauensmännern dürfen nur solche Personen bestimmt werden, welche gewerkschaftlich und politisch organisiert sind.

Schiedsgerichte.

Parteigenossen der Humboldt-Kolonie Köln-Deutz: Der Parteitag wird ersucht, die Bildung von Schiedsgerichten, bestehend aus dem Vertrauensmann und sechs Parteigenossen, für jeden Wahlkreis zu beschließen zur Schlichtung persönlicher Differenzen. Die Wahl der Schiedsrichter ist in öffentlicher Versammlung vorzunehmen auf die Dauer von 1 Jahr.

Allgemeines.

Parteigenosse Friedr. Hofmann-Berlin: Die Wahlvereine sollen es ihren Mitgliedern zur Pflicht machen, der Gewerkschaft anzugehören, wie dies umgekehrt auch von den Gewerkschaften erwartet wird. Gefangene, Diskreditirte und sonstige proletarische Vereine sollen als Unterabteilungen, ohne Erhebung von Extrabeiträgen, in die Wahlvereine verlegt werden.

Agitationskommission für Schlesien und Posen:

1. In allen Provinzen und Landesheilen mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung sind Agitationskomitees zu wählen, deren Aufgabe es ist, die Bewegung im Allgemeinen, sowie ganz besonders in denjenigen Kreisen in zweckentsprechender Weise zu fördern, wo bisher die Partei und vereinzelte Anhänger hat. Die Wahl der Kommissionen hat auf den Provinzial- und Landes-Parteitagen zu erfolgen.

2. Die Kommissionen haben alljährlich dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Im Bericht sind anzuführen: a) die Durchschnittslöhne der Dienstmoten, Tagelöhner und Frauen, die gezahlt werden in einzelnen Kreisen; b) die Natural- und sonstigen Leistungen an das Gesinde und c) die Schlafstellen und Wohnungszustände der Dienstmoten, Tagelöhner und Häusler.

3. Der Parteivorstand ist verpflichtet, auf Antrag der Kommissionen dieselben materiell zu unterstützen. Unterstützungsanträge müssen von den Vertrauenspersonen derjenigen Orte, wo die Kommissionen ihren Sitz haben, begutachtet und befürwortet sein.

Parteigenossen in Rheydt: In Parteiversammlungen haben nur diejenigen Wort und Stimme, welche durch Karten oder sonstige Erkennungszeichen sich als Parteigenossen legitimieren.

Parteigenosse R. Halster-Berlin: Im Organisationsstatut § 2, 8. Abs. hinter „Betroffenen“, die Worte „und jeden Parteigenossen“ einschalten und dem § 17 des Organisationsstatuts folgenden Zusatz zu geben: Der Parteitag setzt für die Redakteure ein Maximalgehalt fest.

Parteigenossen des 11. sächsischen Wahlkreises: Von den einzelnen Agitationsbezirken sollen in Zukunft schriftliche Uebersichten über Stand, Thätigkeit, Fortschritte und sonstige wichtige Verhältnisse der Partei in den betr. Bezirken an das Bureau des Parteitages eingepflegt, und das Wichtigste aus diesen Uebersichten soll in den Protokollen der Parteitage entsprechend zusammengestellt werden.

Presse.

Zentralorgan.

Parteigenossen des IV. Berliner und des Teltow-Weesower Wahlkreises:

Die alljährlich beim „Vorwärts“ erzielten großen Ueberschüsse künftig zum Theil zur Bereicherung des Inhalts, insbesondere durch Veräufung des Redaktionspersonals zu verwenden, damit der „Vorwärts“ seiner Aufgabe, der Partei als Agitationsmittel und der sozialdemokratischen Provinzialpressen als Materialquelle zu dienen, in besserer Weise genügen kann, als das bisher möglich war.

Wochenblatt.

Parteigenossen in Brässel, Leipzig (Stadt und Land), der Communistische Arbeiter-Bildungs-Verein in London und die Genossen in Elberfeld: daß neben dem „Vorwärts“ noch ein wöchentlich einmal erscheinendes Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei herausgegeben wird.

Parteigenossen in Hannover: Von der Gründung eines wöchentlich erscheinenden Zentralblattes Abstand zu nehmen.

Parteigenossen in Achim und Crefeld: Eine Wochen-ausgabe des „Vorwärts“ herauszugeben zu wollen mit dem Titel „Der Sozialdemokrat“.

Parteigenosse König-Berlin: Zur Ergänzung des „Vorwärts“ allwöchentlich eine Beilage herauszugeben (Mitte der Woche), welche im Gegensatz zu den meist die Tagesfragen behandelnden Beiratsartikeln und anderen politischen Beiträgen des Hauptblattes sich befaßt mit allgemein nothwendiger Aufklärung über soziale Theorien, Parteiprinzipien, über die Grundsätze und Forderungen der Sozialisten, wissenschaftliche Abhandlungen, Besprechung der zugehörigen Literatur etc. Eine Preisverhöhung des Gesamtblattes soll hierbei ausgeschlossen sein durch Aufgabe etwaigen Ueberschusses oder durch Zuschuß aus der Parteikasse.

Unterhaltungsliteratur.

Parteigenossen in Köln: In der Haltung des Unterhaltungsblattes „Neue Welt“ soll eine Besserung eintreten; besonders auch dadurch, daß die Illustrationen mehr dem Charakter eines Parteiblattes angepaßt werden.

Parteigenossen in Bremerhaven und Umgegend: Herausgabe eines wöchentlich erscheinenden Familienblattes.

Korrespondenz-Bureau.

Parteigenossen in Breslau: Ein Korrespondenz- und Telegraphen-Bureau zu errichten.

Flugblätter.

Parteigenossen in Hannover, Baden-Waden, Wandsbek: Das Parteiprogramm nebst einem Vorwort zur Begründung desselben als Flugblatt in ganz Deutschland zu verbreiten, respektive den Genossen der einzelnen Orte dasselbe unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Parteigenossen in Briesen: Dem Parteiprogramm eine populär-wissenschaftlich gehaltene Abhandlung über die Agrar-

frage beizugeben und als Flugblatt in ländlichen Kreisen zu verbreiten.

Partei-Konferenz in Ganaa: Die sozialdemokratische Fraktion soll nach Genehmigung der neuen Steuern, sowie überhaupt bei jeder anderen passenden Gelegenheit ein Flugblatt herausgeben, worin dem Volke gezeigt wird, wer die Gesamtlasten zu tragen hat und wie die gewählten Vertreter der herrschenden Gesellschaft das Recht des Volkes mit Füßen treten.

Parteigenossen in Lübeck: Die Reichstags-Fraktion der sozialdemokratischen Partei soll am Schlusse einer jeden Reichstags-Sitzung eine Broschüre veröffentlichen, welche Gesetze, die geschaffen sind, vom sozialdemokratischen Standpunkte beleuchtet und insonderheit die Namen derjenigen Abgeordneten bekannt gibt, welche volksfeindlichen Beschlüssen zugestimmt haben.

Parteigenossen in Düsseldorf: Der Parteivorstand oder die Fraktion haben in möglichst regelmäßigen Zwischenpausen Flugblätter mit ihrer Namensunterschrift herstellen zu lassen, welche den Charakter einer öffentlichen Ansprache tragen, an alle uns fernstehenden gerichtet sind und in volkstümlicher Sprache gehalten sein sollen. Die Verbreitung, welche in Masse zu geschehen hat, soll dadurch zu einer umfassenden und einheitlichen gehalten werden, daß dieselbe von den Genossen aller Orten zu möglichst gleicher Zeit ausgeführt wird. Die Herstellungskosten des Flugblattes sind aus allgemeinen Parteimitteln zu betreiben, sofern die einzelnen Orte nicht selbst dafür aufkommen können.

Parteigenossen der Humboldt-Kolonie Köln-Deutz: Es ist unter allen Umständen dafür Sorge zu tragen, daß die bekannten Genossen stets mit Partei-Literatur zur Gratis-vertheilung versehen werden.

Jugend-Literatur.

Parteigenossen in Nieder-Barnim, Bernau und Genossen im Freidenker-Jugendbund in Hamburg: Unter allen Umständen für eine gute Jugend-Literatur Sorge zu tragen. (Schluß folgt.)

Lokales.

Dissidentische Schulkinder. Ende 1892 gab es in Berlin im ganzen 225 923 Schulkinder, und zwar 199 124 evangelische, 13 412 katholische, 12 601 jüdische, 786 dissidentische. Davon besuchten die Gemeindefschulen im ganzen 177 087 Kinder, und zwar 162 004 evangelische, 11 188 katholische, 3290 jüdische, 605 dissidentische. Bei der Vertheilung der Gemeindeforschulkinder auf die einzelnen Klassen unterscheiden sich die Dissidentenkinder in eigenthümlicher Weise von den Kindern evangelischer, katholischer oder jüdischer Konfession. Es saßen (Knaben und Mädchen):

	evangelische	katholische	jüdische	dissidentische
in Klasse I.	17 359	1 033	303	102
II.	23 129	1 646	439	127
III.	27 882	1 916	531	139
IV.	30 927	2 147	661	104
V.	30 713	2 147	642	92
VI.	32 494	2 299	654	101

zusammen	162 004	11 188	3 290	605
Oder von je 1000 Kindern jeder Konfession saßen:	evangelische	katholische	jüdische	dissidentische
in Klasse I.	107	92	34	153
II.	143	147	136	191
III.	169	171	164	209
IV.	191	192	205	156
V.	190	192	199	128
VI.	201	205	202	152

Aus dieser Uebersicht ergibt sich, daß die evangelische, katholische und jüdische Konfession in der Besuchsziffer der einzelnen Klassen ziemlich genau miteinander übereinstimmen. Die Besuchsziffer der einzelnen Klassen selbst weichen dagegen sehr von einander ab, und zwar innerhalb jeder der drei Konfessionen, in ziemlich genau derselben Weise. Es zeigt sich überall die Erscheinung, daß die Besuchsziffer durch die drei untersten Klassen sich im Allgemeinen auf derselben Höhe hält, aber von der 3. Klasse bis zur 1. Klasse fällt, und zwar besonders nach der 1. Klasse hin so stark, daß diese bei allen drei Konfessionen nur noch ungefähr die Hälfte der Besuchsziffer der 6. Klasse aufweist. Diese Abnahme erklärt sich aus dem Wegsterben eines Theiles der Kinder im Laufe der Schuljahre und aus dem Zurückbleiben der Schwächeren. Der letztere Faktor ist bei der notorischen Uebersättigung der Gemeindeforschulklassen, die dem Lehrer eine einbehaltene Beschäftigung mit dem einzelnen Kinde fast unmöglich macht, wohl noch höher anzuschlagen als der erstere. Bei den dissidentischen Kindern nun zeigt die Uebersicht eine auffällig abweichende Vertheilung der Gesamtzahl auf die einzelnen Klassen. Hier tritt von der 4. zur 3. Klasse eine starke Erhöhung ein. Die Zahl sinkt dann wieder, zur 2. Klasse nur wenig, zur 1. stärker, aber doch in bedeutend geringerer Maße als bei den drei vorgenannten Konfessionen, so daß schließlich von der Gesamtzahl der dissidentischen Kinder in der 1. Klasse sogar noch mehr sitzen als in der 6. Klasse. Mit anderen Worten: Bei den dissidentischen Kindern erreicht ein bedeutend höherer Prozentsatz als bei den Kindern der evangelischen, katholischen und jüdischen Konfession die obere und besonders die oberste Klasse. Wie erklärt sich das? Man ist zunächst versucht, an einen Zufall zu denken. Aber dieselbe Erscheinung läßt sich ganz ähnlich auch für frühere Jahre feststellen. Es muß also dem „Zufall“ doch wohl eine tiefere Ursache, eine Art Gesetzmäßigkeit liegen. Wir wissen nicht, welche Ursache das sein könnte, und bloße Vermuthungen aufzustellen, ist zwecklos. Daß die dissidentischen Kinder lebenskräftiger seien als andere, also weniger zahlreich wegsterben, ist nicht gut anzunehmen. Daß sie von ihren Lehrern mehr berücksichtigt und milder beurtheilt werden als andere, möchten wir noch weniger zu behaupten wagen. Der Erklärungsversuch, die Dissidentenkinder seien am Ende begabter, fleißiger und bescheidener, muß so lange zurückgewiesen werden, als nicht ein zahlreicheres Beweismittel für ihr Uebergewicht in diesen Punkten erbracht ist. Möglich und wahrscheinlich ist, daß die Eltern gerade der Dissidentenkinder sich durchschnittlich mehr um die Erziehung ihrer Kinder bekümmern, ihnen auch zu Hause Unterricht zu erteilen in höherem Grade beflissen sind, als durchschnittlich die Eltern konfessioneller Kinder. Aber das ist zum mindesten sicher: die Dissidentenkinder können, trotz der Religionslosigkeit ihrer Eltern schwerlich träger oder ungezogener sein als die Kinder evangelischer, katholischer oder jüdischer Eltern, so sehr auch Mütter und Väter von dem angeblich „entfittlichenden“ Einfluß religiöser Eltern auf ihre Kinder salbadern. Würde man nicht sonst die Dissidentenkinder statt in den oberen in den unteren Klassen in größerer Anzahl finden?

Nach dem Berichte der städtischen Gewerbe-Deputation für 1892/93, welchen nach dem Ausscheiden des Syndikus Ebertz zum erstenmale Stadtrath Mugdan erstattet, gehörten den

70 Berliner Innungen ca. 15 000 Mitglieder an. Zu Beginn des Jahres 1892/93 waren 60 Ortschaften, 23 Betriebe, 11 Innungen, 11 Krankenkassen der Gewerbe-Deputation unterstellt, außerdem noch die Gemeindeversicherung. Sämtliche Klassen zählten 319 297 Mitglieder, darunter 235 645 männliche gegen 311 807 im Vorjahre. Auf die Orts-Krankenkassen kamen 274 477, auf die Betriebsklassen 29 759, auf die Innungsklassen 9024, auf die Gemeindeversicherung nur 37 Versicherte. Die Zahl der Erkrankungen betrug 108 515 oder 1819 weniger als im Vorjahre; Krankentage waren 2 940 301 oder 44 756 mehr als im Vorjahre. Sterbefälle traten 2308 ein. An Beiträgen und Eintrittsgeldern gingen 6 458 655 M. oder 250 000 M. mehr als im Vorjahre ein. Veranlagt wurden für ärztliche Behandlung 635 996 M., für Krankengelder u. s. w. 3 220 670 M., für Sterbegelder 240 000 M., für Begräbnisgebühren in Krankenhäusern 1 079 171 M. Die Verwaltungskosten beliefen sich auf 501 470 M. oder 7 pCt. der Gesamtsumme. Die Krankenbehandlung im Gewerks-Krankenverein ist seit 1892 so geregelt, daß die Stadt und die nächste Umgebung mit je einem besoldeten Gewerksarzt getheilt ist. Drei bis vier Bezirke sind zu einem Kreise vereinigt und kann der bettlägerige Patient einen von diesen sich wählen. Außer den 129 Gewerksärzten waren noch 25 Spezialärzte angestellt. Die Mitgliederbeiträge mußten von 1,33 M. auf 1,75 M. pro Jahr infolge der Vermehrung des Arztpersonals und der Verkleinerung der Mitgliederzahl erhöht werden. Die eifrige Agitation für freie Arztwahl hat ferner dahin geführt, daß mit dem 1. Januar d. J. zehn Orts-Krankenkassen und zwar die der Maurer, Stellmacher, Radler, Strumpfwirker, Uhrmacher, Sattler, Sattler, Goldschmied, Bildhauer und Bergeloder aus dem Verein austraten. Bezahlt wurde vom Verein im Jahre 1892 für Arznei 467 271 M., für Arztgehonorar 307 940 M. gegen 235 894 M. im Vorjahre.

Von der Fleischversorgung Berlins. Einem Vortrage des Oekonomieraths Hausburg entnehmen wir folgende Angaben. Berlin hat im letzten Jahre 111 Millionen Kilo Fleisch konsumiert, das ergibt pro Person und Jahr 70 Kilo, gleich 140 Pfund. Von dieser gewaltigen Fleischmenge sind 93 Millionen Kilo auf den hiesigen städtischen Schlachthöfen geschlachtet und 18 Millionen Kilo von auswärtigen Schlachthöfen eingeführt worden. Für diese 93 Millionen Kilo Fleisch, welche vom hiesigen städtischen Schlachthofe ausgehen, waren erforderlich (in runden Summen) 184 000 Rinder, 518 000 Kälber, 521 000 Schweine und 356 000 Schafe. Damit ist aber die Menge des Fleischkonsums noch nicht erschöpft, denn es haben in dem „Kochschlächthaus“ in der Greifswalderstraße auch noch 8000 „Schlachthöfe“ ihr Leben lassen müssen. Bedeutend höhere Ziffern weist jedoch der „Austrieb“ auf, da ein erheblicher Prozentsatz des hier zum Verkauf anlangenden Viehes exportiert wird. So z. B. betrug der Austrieb an Rindern 185 000 Stück, während nur 134 000 Stück für den Berliner Konsum hier zur Abschachtung blieben. Den Werth des gesamten Jahresaustriebes berechnet Direktor Hausburg im Minimum auf 122 Millionen Mark, und zwar für Rinder auf 47 Millionen Mark, für Schweine 53 1/2 Millionen Mark, Kälber 10 1/2 Millionen Mark und Schafe 11 Millionen Mark. Die Vieh-Kommissionäre, deren es über 80 giebt, verdienen an diesem Umsatz bei 1 1/2 pCt. Vermittlungsgebühr, die nette Summe von 1 830 000 M., im Durchschnitt jeder Kommissionär rund 60 000 M. Davon haben sie allerdings ihre Buchhalter und sonstigen Angestellten zu besolden, nicht aber, wie irrtümlich angenommen werden könnte, die Fütterung des Viehs zu bestreiten. Das geschieht auf Kosten der Verkäufer und Händler. Was den Ursprungsort der Thiere anbelangt, so ist es in erster Reihe Pommern, welches den Berliner Markt besorgt; es folgen dann Böhmen, Brandenburg, Posen, Westpreußen, Ostpreußen und mit sehr geringem Austriebe Mecklenburg und Schlesien. Zur Bewältigung der Vertheilung auf dem Vieh- und Schlachthofe ist ein ganzes Heer von Arbeitern und Angestellten erforderlich. Etwa 500 Arbeiter haben allein die Reinhaltung der Räume und Fütterung der Thiere zu besorgen, dazu kommen weitere 400—500 Stallente und Ausspüler und etwa 300 für die Untersuchung erforderliche Veterinärbeamte und Fleischbeschauer. Einen annehmbaren Begriff von dem gewaltigen Geschäftsumfange kann man sich machen, wenn man erwägt, daß allein die hiesigen Schlächter für die Fleischschau jährlich über 800 000 Mark an Gebühren zu entrichten haben und jeder Thierarzt täglich circa 100 Thiere mikroskopisch zu untersuchen hat. Den Fleischschau-Ämtern arbeiten 90 Herren und 90 Damen, von denen jeder innerhalb 15 Minuten die mikroskopische Untersuchung eines geschlachteten Thiers auf Trichinen vorgenommen haben muß; und zwar sind die vier von bestimmten Theilen des Körpers zu entnehmenden Proben jede einzelne nochmals in sechs Theile zu zerlegen, so daß also von jedem Thiere 24 Proben untersucht werden. Die Untersuchung muß dabei auf das Feinste geführt werden, da an jedem Markttage auch noch 8—10 Polizei-Thierärzte auf dem Zentral-Viehhof anwesend sind. Wegen Krankheit beanstandete Thiere werden sofort dem Polizei-Schlachthofe überwiesen, dergleichen solche, für welche ein Ursprungszeugnis nicht vorhanden ist. Erweisen sich die letzteren Thiere dort als gesund, so werden sie im geschlachteten Zustande freigegeben, immerhin hat der Händler dann doch einen Verlust von 24 bis 30 M. an jedem Stück Vieh, da nicht jeder Schlächter gern Vieh vom Polizei-Schlachthofe kauft. Infolge des Massen-Transportes mußten im vergangenen Jahre sofort nach Ankunft auf dem hiesigen Viehhofe 8240 Thiere verworfen werden, welche entweder unterwegs schon erkrankt waren, oder sich in einem so erkrankten Zustande befanden, daß der Verkauf derselben nicht gestattet werden konnte. Ferner erwiesen sich unter den Rindern 21 300 und unter den Schweinen 7250 als tuberkulös. Von den geschlachteten Thieren mußten infolge der Untersuchung 780 000 Organe verworfen werden. Erwähnt mag aus dem Vortrage, welcher sich auch auf die wirtschaftliche Ausnutzung der Abfallstoffe und des Düngers erstreckt, noch sein, daß auf dem städtischen Schlachthofe regelmäßig 274 Engros- und 75 Lohnschlächter mit 725 Weibchen und 25 Lehrlingen thätig sind, von welchen 700—800 Labendrüsen und 105 Fleischstücke ihr Fleisch beziehen, bzw. ihr Vieh schlachten lassen und daß der Verkehr auf dem Vieh- und Schlachthofe an den Markttagen zwischen 6000 bis 12 000 Personen umfaßt.

Preisauschreiben. Der Direktor des Centraltheaters beabsichtigt, ein Preisauschreiben für ein Berliner Volksstück zu erlassen. Er will den Betrag von fünfzehnhundert Mark für dasjenige Werk aussuchen, welches von der aus Schriftstellern, Mitgliedern der Presse und Theaterdirektoren zu bildenden Jury als das beste, zur Aufführung geeignete Stück befunden wird, selbstverständlich ungeachtet der aus den eventuellen Aufführungen weiterhin resultirenden Einnahmen. Er will ferner für das preisgekrönte und zur Aufführung bestimmte Stück eine Lantien-Einnahme von dreitausend Mark garantieren, so daß der betreffende Autor auf jeden Fall eine Minimal-Einnahme von 4500 M. erzielt. — Grundsätzlich auf!

Zum Mordverdict des Generalleutnants Kirchhoff. Gestern wurden auf der Kommandantur in der Untersuchungs-sache des auf freiem Fuße befindlichen Attentäters Jegenvernehmungen vorgenommen. Der Generalleutnant befindet sich seit 1892 nicht mehr im aktiven Dienst, sondern steht seitdem „zur Disposition“. Daher unterliegt er der militärischen Gerichtsbarkeit. Dieser Gerichtsbarkeit unterstehen, wie wir um vielfachen Anfragen zu begegnen, an dieser Stelle mittheilen: 1. sämtliche Personen des Soldatenstandes und die Militärbeamten, 2. die Offiziere à la suite, solange sie zu vorübergehender Dienstleistung zugelassen sind.

3. die Landgendarmen, sofern die Landesgesetze nicht ein anderes bestimmen (in Preußen unterstehen die Gendarme selber der Militärgerichtsbarkeit), 4. alle zur Disposition gestellten Offiziere, 5. die Militärlehrer und Zöglinge der militärischen Bildungsanstalten, 6. die dem Militärstande nicht angehörigen Personen, welche auf einem Schiff der Marine angeheuert sind, 7. Personen des Beurtheilungsstandes in der Zeit, in der sie sich im Dienst befinden. Das militärgerichtliche Verfahren tagt bekanntlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die von einem unserer Leser vorgeschlagene Strafe ist unzulässig. Er theilte das falsche Gerücht mit, daß Herr Kirchhoff mit Vertheilung in die dritte Schicksalsklasse nebst Nebenstrafen (Anschlagbüßen, Zinsen u. s. w. bei verhängten Fenstern) abgestraft sei.

Der ästerische Schuhmann. Einen sittenpolizeilichen Besuch erhielt Mittwoch Vormittag um 10 Uhr eine bekannte Buchhandlung in der Friedrichstraße. Es handelte sich um verschiedene im Schaufenster des Geschäftsblokals ausliegende Drucksachen, die durch ihre Titel Anstoß zu erregen geeignet seien und daher entfernt werden sollten. Solchen Kontrollen liegt die Sittenpolizei gegenwärtig mit besonderer Aufmerksamkeit ob. — Wunderbare Angaben der „Sittenpolizei“! Hier Nachforschung nach dem, was anstößig erscheint, auf den Abendjügen Ueberwachung der vornehmen Gesellschaft (wir berichteten darüber an anderer Stelle) gegen Vornahme unzüchtiger Handlungen, Offenhalten der bekannten Cafés und anderer ähnlicher Vermittlungs-institute — Schluß der anständigen Lokale um 11 Uhr Abends. Lex Heinze, was willst du noch mehr?

Die Absperrung des ganzen Bahnsteiges auf dem Anhalter Bahnhofe ist nicht lange aufrecht erhalten worden. Nachdem die am meisten hervortretenden Nachteile, die dem Publikum durch die Sperre erwachsen, öffentlich hervorgehoben waren, hat am Sonnabend früh eine Kommission des Betriebsamts an Ort und Stelle Umschau gehalten, sich von der Unzweckmäßigkeit der Neueinrichtung überzeugt und die Abänderung herbeigeführt. Seit Sonnabend Nachmittag ist dem Publikum der Zutritt zu einem Theil des Bahnsteigs wieder ohne Karte gestattet; dergleichen ist der Wartesaal vom Bahnsteig aus zu betreten und hat dafür im Innern ein Absperrungsgitter erhalten.

Eisenbahn-Verkehrsstörung. Einen Wirrwarr im Eisenbahnbetriebe richtete gestern früh der Güterzug 521 an, der um 5 Uhr 34 Minuten in Groß-Lichterfelde erwartet wurde, aber wegen seiner schadhast gewordenen Maschine bei Großbeeren liegen blieb. Die Schnellzüge 19 und 31, die um 6 Uhr 4 bez. 22 Minuten auf dem hiesigen Anhalter Bahnhofe fällig sind, trafen mit je 10 Minuten Verspätung auf dem falschen Geleise Berlin-Halle ein. Der Zug 22, der in Lichterfelde fahrplanmäßig um 6 Uhr 43 Minuten abfahren soll, mußte hier über 20 Minuten liegen bleiben. Eine Rangirungsmaschine mußte den verunglückten Güterzug einholen und auf ein anderes Geleise bringen, da der Schnellzug I um 7 Uhr 12 Minuten freie Durchfahrt haben mußte. Auch der Betrieb des Lokalverkehrs erlitt fast eine viertelstündige Unterbrechung. Erst um 7 1/4 Uhr ab konnte der regelmäßige Verkehr wieder eintreten. — Bei dem Streben, Personal zu sparen, das natürlich dadurch furchtbar überbürdet wird, und alles Material zu verwenden, kurz nach jeder Richtung hin zu knausen, kann es nicht Wunder nehmen, daß Verkehrsstörungen im Eisenbahnverkehr sich häufen. Für Kulturzwecke hat der Militärstaat kein Geld.

Sittenpolizeiliche Observation der Stadtbahn-Züge. Seitens der Sittenpolizei werden seit einigen Tagen die späten Stadtbahn-Züge, namentlich die nach Schluß der Theater, zwischen den Grunewald-Stationen und nach den Stationen des Westens verkehrenden Züge einer strengen polizeilichen Bewachung durch eigens kommandirte Sittenpolizei-Beamte, die in Zivil im Zuge mitfahren, unterzogen. Veranlassung dazu sollen Beschwerden von Passagieren und Adjacenten der Bahn gegeben haben, die gesehen haben wollen, daß unzüchtige Handlungen in den Koupees während der Fahrt vorgenommen sind. — In den betreffenden Zügen verkehrt die „Crema der Welt“.

Feuer. Einen gewaltigen Brand hatte die Feuerwehr am Mittwoch früh auf dem Grundstück Dresdenstraße 97 zu befechtigen. Die Meldung von dem Feuer ging gegen 8 1/2 Uhr auf den Wachen ein. Ten Herd des Brandes bildeten die dritte und vierte Etage, sowie das Dachgeschoss des zweiten Quergebäudes und der beiden Seitenflügel, welche auf der rechten Seite vom zweiten und dritten Hofe unmittelbar an das Quergebäude grenzen. Diese Bauwerke, welche verschiedenen industriellen Zwecken dienen, sind in den erwähnten Räumen von der Blechballagen-Fabrik von Schäfer nachig, und der Pianoforte-Fabrik von Mittag nachig, besetzt. Als die Feuerwehr eintraf, hatten sich die Flammen schon über den Inhalt der ganzen 3. Etage des Quergebäudes ausgebreitet und nicht lange währte es, so hatte sich das Feuer auch einen Weg in die 4. Etage und in das Dachgeschoss gebahnt. Riesige Feuerzungen stiegen zum dunklen Himmel empor, einen großen Feuerchein verbreitend, der weithin im Umkreise sichtbar war. Die nicht unerheblichen Vorräthe an Blechballagen und Rohmaterialien hierzu, sowie die Kugelhölzervorräthe und fertigen Theile der Pianofortefabrik boten den Flammen recht günstige Nahrung. Die furchtbare Bluth, welche hierdurch entzündet wurde, hielt stundenlang den gewaltigen Wassermengen gegenüber Stand, die aus dreizehn Hochleitungen in den Brandherd geschleudert wurden. Die Feuerwehr, welche nach und nach vier Dampf-spritzen mit je zwei Schläuchen und mehrere große Handdruck-spritzen in Thätigkeit gesetzt, hatte einen schweren Standpunkt; es galt nicht nur den Kampf mit dem entseffelten Element aufzunehmen, sondern auch die äußerst gefährdeten Nachbargebäude zu schützen. Leides ist Dank der unüchtligen Leitung und der Anstrengung der Mannschaften gelungen. Der durch den Brand verursachte Schaden ist freilich ein ganz erheblicher, da die vorerwähnten Räumlichkeiten fast vollständig ausgebrannt sind. Die Löscharbeiten dauerten bis in den Vormittag hinein. Ueber die Entstehung des Brandes, der zweifellos seine Ursprungsstätte in der im dritten Stock des Quergebäudes belegenen Blechballagen-Fabrik hatte, ist Verlässliches bisher nicht ermittelt worden. Der Betrieb der Firma O. F. Schaefer nachig ist, wie sie uns mittheilt, nur auf kurze Zeit gestört und wird in einigen Tagen in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. — Ein zweiter fast zur selben Zeit gemeldeter Brand Alte Jakobstraße 18/19 hatte seine Stätte im Lagerkeller eines Materialwaarengeschäfts. Die dort lagernden Petroleumvorräthe hatten zur schnellen Ausbreitung des Feuers wesentlich beigetragen und es bedurfte auch hier der Inbetriebsetzung zweier Hochleitungen, um den Flammen den Garaus zu machen.

Eigenthümer gesucht! Auf der Station Baumhulsenweg an der Sülzinger Bahn ist von einem dem Arbeiterstande angehörenden Mann für ein Zuschlagsbillet statt eines Zeugnissbüdels ein Zwanzig Mark Stück hingekommen worden. Der Eigenthümer kann sich das Geld dort abholen, beziehungsweise dort Näheres erfahren.

Zu dem Mord in der Torstraße. Der Ermordete, über den wir in Nr. 238 unter Vorbehalt die von einer Zeitungs-korrespondenz mitgetheilte Nachricht brachten, daß er „arbeitslos und dem Trunk ergeben“ gewesen sei, ist keineswegs arbeitslos gewesen. Er arbeitete vier Jahre lang auf einer Stelle und ist nur zwei Tage lang arbeitslos gewesen.

Einen verhängnißvollen Fund hat Dienstag Nachmittag etwa um 5 Uhr der Fischer Gustav Kern auf der Salitzerstraße 66 gemacht, der sich auf dem Wege von Groß-Berren nach Berlin befand. Er hob eine auf der Chaussee liegende

kleine Pistole auf, deren Hahn gespannt war und bei der Berührung das Geschloß hinaustrab. Die Kugel drang dem Kern durch den Zeigefinger der rechten Hand und blieb in der Wundstube. Der Verwundete mußte im Krankenhaus am Urban Aufnahme suchen.

Mord oder Selbstmord? Vor einigen Tagen fanden Arbeiter, welche sich auf der Chaussee nach Glienicke befanden, etwa 30 Schritte seitwärts vom Leffing'schen Gutshofe in Demsdorf einen Mann todt am Baum lehnd mit einer Schußwunde am Kopf. In den Kleidern der Leiche wurden u. a. auch zwei Jagdscheine, auf den Namen eines Handelsmannes lautend, gefunden, doch sind die Personalien des Todten, welcher ein Berliner sein dürfte, nicht zu ermitteln gewesen. Es wird angenommen, daß der Unbekannte sich den Schuß mit einem Revolver beigebracht, sich dann in den nahen Wald geschleppt und dort verstorben ist. Die Waffe ist freilich nicht gefunden worden, wohl aber mehrere Revolverpatronen, die in der Tasche des Leichnamens steckten.

Um das Fahrgeld geprellt wurde in der Nacht vom 2. bis 3. d. M. ein Droschkentaxi, welcher seine Fahrgäste, einen Herrn und eine Dame, nach Nummernburg gefahren hatte, welche unterwegs ausstiegen, ohne dem Kutscher das Fahrgeld bezahlt zu haben. Als die Droschke in der Thurfchmidtstraße hielt, waren die noblen Fahrgäste bereits verschwunden. Der Herr ist jedoch durch Denoher der betreffenden Strafe erkannt worden und soll dieses Experiment schon öfters gemacht haben. Die „Allg. Fahrg.-Zeitung“ ersucht nun alle Kutscher, welche durch den Fahrgast geschädigt worden sind, sich im Vereinsbureau der Berliner Droschkentaxi, Schützenstr. 53, zu melden.

Ururgroßmutter, Urgroßmutter, Großmutter, Mutter und Kind. Die Familie Schmedel, Urbanstr. 13, hat das seltene Ereignis zu verzeichnen, daß sie in fünf lebenden Generationen vertreten ist. Die Ururgroßmutter, eine noch verhältnismäßig rüstige Frau, zählt 89 Jahre, ihre Tochter, die Urgroßmutter, ist 66 Jahre alt. Die Großmutter sieht im 48. Lebensjahre, deren Tochter nur um 18 Jahre jünger ist. Der Sprößling der Letzteren ist ein kleines niedliches Baby von 7 Monaten, welches Ur- und Urgroßmutter täglich im Kinderwagen nach dem Kreuzbergpart fahren.

Polizeibericht. In der Nacht zum 9. d. wurde vor dem Hause Lichtenbergstr. 16 ein Schlosser durch einen Messerstoß so schwer an der Brust verletzt, daß er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Am 9. d. M. Nachmittags ging auf dem Hausaplatz das Pferd eines Rennwagens durch und lief die Stromstraße entlang. Vor dem Hause Nr. 1—3 wurde der Kutscher vom Wagen geschleudert, und ehe er sich wieder erheben konnte, durch einen Wehswagen überfahren, so daß er bedeutende Verletzungen erlitt. — Auf dem Hofe des Hauses Breslauerstr. 26a fiel ein dreizehnjähriger Knabe beim Spielen von einem Rollwagen und brach ein Bein. — Am 10. d. M. Vormittags wurde im Landwehrkanal, bei der Schleuse, die bereits stark verweste Leiche einer etwa 30jährigen Frauensperson angeschwemmt. — Vor dem Hause Kleine Hamburgerstr. 9 wurde Nachmittags ein Schuhmacher durch einen Omnibus überfahren und am Fuße bedeutend verletzt. Auf dieselbe Weise verunglückte ein dreijähriger Knabe, indem er vor dem Hause Gipsstr. 20 unter die Räder eines Omnibus geriet und bedeutende Verletzungen am Kopfe erlitt. — Ein Schneidermeister wurde in seiner Wohnung, in der Strahburgerstraße, erhängt vorgefunden. — Nachmittags wurde ein fünfjähriger Knabe vor dem Hause Liebigstraße 4 durch einen Schlächterwagen überfahren und an beiden Oberschenkeln verletzt. — Vor dem Hause Einienstraße 240 wurde Abends eine Frau von einem Hunde gebissen und am Ohre so schwer verletzt, daß ihre Ueberführung nach dem Krankenhaus erforderlich wurde. — In der Nacht zum 11. d. M. stürzte ein Schmied aus dem Fenster seiner im ersten Stock eines Hauses in der Großen Hamburgerstraße belegenen Wohnung auf den Hof hinab und brach den Unterarm. — In der Blechballagen-Fabrik von Schäfer, Dresdenstraße 97, brach in der Nacht Feuer aus, das auch die darüber liegende Pianoforte-Fabrik ergriff. — Im Laufe des Tages fanden außerdem vier kleine Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Genosse Schröder hatte sich gestern wegen angeklagter Verletzung des Preßgesetzes vor der Berufungskammer des Landgerichts I zu verantworten. „Hans Blum“ verschuldet, wie sich heute abermals herausgestellt, den höchst überflüssigen Wortsinn des Preßgesetzes. Bekanntlich hatte der „Vorwärts“ einen wahrheitsgemäßen Bericht über eine Gerichts-verhandlung gegen Genossen Stollen gebracht, die in Hamburg stattfand, und in welcher der Dr. Hans Blum aus Leipzig als angeblich Beleidigter und als Zeuge auftrat. Es wurde in dem Bericht gesagt, daß der Zeuge Blum in der Verhandlung eine klägliche Rolle gespielt. Dr. Blum sandte eine „Berichtigung“ ein, worin er erklärte, daß selbst der Kläger die in dem Bericht wiedergegebenen Verdächtigungen nicht aufrecht erhalten habe, und ebenso sei es unwahr, daß er, Dr. Blum, ein klägliche Rolle gespielt. Die Redaktion des „Vorwärts“ verweigerte die Aufnahme der Berichtigung, und nach erhobener Anklage wurde auch vor dem Schöffengericht ein freisprechendes Urtheil erzielt. Der Staatsanwalt legte Berufung ein und beantragte in der gestrigen Verhandlung 10 Mark Geldstrafe (1. Der Gerichtshof folgte den Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Heine, und fällt wiederum ein freisprechendes Urtheil. Es könne einem Redakteur nicht zugemuthet werden, daß er eine Deduktion oder gar eine Polemik aufnehme. Ebenso sei es keine Berichtigung, wenn Dr. Blum erkläre, er habe keine klägliche Rolle gespielt, denn ein Zeuge könne in einem Strafprozeß Recht behalten und doch eine nicht beneidenswerthe Rolle spielen. — Ob Herr Blum Revision auf Staatskosten einlegen lassen wird? Der Herr Rechtsanwalt Blum hat Recht studirt und doch den § 11 des Preßgesetzes falsch ausgefaßt. Keine rühmlichwerthe Rolle!

Gewerbegericht. Die Fuhrpoliere Poppe und Müller waren mit dem Architekt Leist einen schriftlichen Vertrag eingegangen, in welchem sie sich zur Ausführung des Facadenputzes an einer Charlottenburger Kaserne verpflichteten. Der Quadratmeter war mit 1,45 M. berechnet worden. Der Vertrag enthielt die Klausel, daß Poppe und Müller, wenn sie die Arbeit vor ihrer Vollendung ausgeben würden, als Schadenersatz die Summe zahlen müßten, welche infolge der Einstellung neuer Arbeiter die Gesamtarbeit mehr koste, als wie nach der Vereinbarung mit Leist herauskäme. Poppe und Müller erhielten wöchentlich, um die von ihnen beschäftigten Buzer lohnen zu können, eine bestimmte Summe von Herrn Leist; der Rest sollte nach Fertigstellung der Arbeit herausgezahlt werden. Gines Tages stellte sich heraus, daß schon 248 M. mehr an „Kostgeld“ gezahlt waren, als die fertige Arbeit bis dahin nach dem v. e. einbarten Akkordsaß ausmachte. Leist wollte jetzt vorläufig kein Geld mehr geben. Die Arbeiter legten natürlich die Arbeit nieder und zwangen Müller, mit ihnen vor das Haus des Herrn Leist zu ziehen. Sie verlangten Geld, erhielten aber nichts. Müller pumpte sich etwas Geld, um die aufgebrauchten Kollegen wenigstens zum Theil zu befriedigen. Von ihm und Poppe angestrebte Verhandlungen zur Regelung der Geldfrage blieben erfolglos. Eine Klage der Weiden, welche abgewiesen wurde, beantwortete Leist mit einer Schadenersatzklage. Er beanspruchte

Interim neuen Kurs.

- September.
1. Mannheim. Wegen Majestätsbeleidigung Arbeiter Pauli 2 Monate Gefängnis.
 2. Wusterhausen. Genossen Elze (Johannthal) und Grunow und Jastrau (Schmiede) wegen unerlaubter Schriftenverbreitung mit je 10 M. Polizeibüße belegt, vom Amtsgericht freigesprochen.
 3. Frankfurt. Genosse Märklin aus Nothenshuf (Schweiz) wegen Majestätsbeleidigung 1 Jahr Gefängnis.
 4. Apolda. Genosse H. Meyer wegen Bedrohung (durch Postkopplakate) 6 Wochen Gefängnis.
 5. Zeitz. Wegen Leuschner-Beleidigung Genosse Hoffmann, Redakteur des „Volksboten“, 800 M. Geldstrafe.
 6. Dresden. Handarbeiter Schneider wegen Majestätsbeleidigung 3 Monate Gefängnis.
 7. Langensalza. Genosse Schwind in Langendiebach wegen unbefugter Leichenrede 15 M. Geldstrafe.
 8. Burgstädt. Wegen Hausfriedensbruchs (in einer ordnungsparteilichen Versammlung) Genosse Heintz 14 Tage, Bieweg und Diezhold je 10 Tage Gefängnis. Reichelt freigesprochen.
 9. Breslau. Genosse Fischer in Klein-Zichauisch, wegen Störung der Wahlhandlung, 24 M. Geldstrafe.
 10. Königberg i. Pr. Genosse Sunk, wegen Hausfriedensbruchs (Nichtverlassen des Wahllokals) 40 M. Geldstrafe.
 11. Straßburg i. E. Genosse Sässig, wegen Kolportagevergehen, 40 M. Geldstrafe.
 12. Drauschwitz. Wegen Polizeidirektions-Beleidigung Genosse Calwer, Redakteur des „Volksfreund“, 4 Monate Gefängnis.
 13. Cassel. Genosse Hahn, Redakteur des „Hess. Volksbl.“, wegen Schumannsbeleidigung 80 M. Geldstrafe.
 14. Kiel. Genosse Kille-Ellerbek wegen unerlaubter Kollekte 10 M. Geldstrafe.
 15. Wiesbaden. Von der Anklage der Bürgermeister-Beleidigung Genosse Seefeld-Wiebrich freigesprochen.
 16. Chemnitz. Genosse Rosenow, Redakteur des „Proletar“, von der Anklage der Fabrikantenbeleidigung freigesprochen.
 17. Straßburg. Von der Anklage des Bettelns (Wahlbroschüre-Sammlung) Genosse Jung in Bischweiler freigesprochen.
 18. Halle. Genosse Krüger, Redakteur des „Volksblatt“, von der Anklage der Polizei-Inspektoren-Beleidigung freigesprochen.
 19. Halberstadt. Wegen Beleidigung der Waldenburger Pastoren Genosse Martin, Redakteur der „Sonntagsztg.“, 4 Wochen Gefängnis.
 20. Halle. Genosse Jähmig von der Anklage der Selbstenbefreiung freigesprochen.
 21. Bonn. Freigesprochen Genossen Gockel und Spöler von der Anklage unerlaubter Versammlung, Genosse Keller der Vereinsgesetz-Übertretung.
 22. Tressfurt. Genosse Reustergerling aus Mählshausen i. Th. wegen Hausfriedensbruchs (in einer gegnerischen Versammlung) und unerlaubter Versammlung 3 Monate Gefängnis.
 23. Halle. Genosse Kunert wegen Landratsbeleidigung in 3 Fällen 9 M. Geldstrafe.
 24. Breslau. Zimmerer Obst wegen Unternehmerbeleidigung 1 Woche Gefängnis.
 25. Breslau. Genosse Kunert wegen „Unterschlagung“ militärischer Akten 6 Monate Gefängnis, Posthilfs Wichte wegen Diebstahls dieser Akten 10 Monate Gefängnis.
 26. Jwikau. W. Trognit, früherer Redakteur des „S. Volksbl.“, wegen Gemeindevorstands-Beleidigung, 40 M. Geldstrafe.
 27. Halberstadt. Genosse Hurlmann, Redakteur des „Sonntagsblatt“, wegen Beleidigung des Kartellkandidaten Blade, 50 M. Geldstrafe.
 28. Greiz. Genosse Seifert, Verleger der „Neus Volks-Zeitung“, wegen Preßgesetz-Übertretung mit 10 M. Polizeistrafe belegt, vom Landgericht freigesprochen.
 29. Leipzig. Genosse Diehl, Redakteur der „Burgener Zeitung“, in erster Instanz wegen Stadtraths-Beleidigung zu 200 M. verurteilt, vom Landgericht zu 400 M. Geldstrafe.
 30. Dortmund. Wegen Beleidigung der Waldenburger Pastoren Genosse Diederich, Red. der „Rh.-Westf. Arbeiter-Zeitung“ 2 Monate Gefängnis.
 31. Zeitz. Wegen Beleidigung des Wahlvorstandes ein Arbeiter 20 M. Geldstrafe.
 32. Mag. Genosse Zug aus Langendiebach von der Anklage der Verächtlichmachung von Staatsrichtungen freigesprochen.
 33. Braudel. Genosse Walded wegen unerlaubter Kollekte 10 M. Geldstrafe.
 34. Aln a. Rh. Wegen Scheimbündelei die „Anarchisten“ Breuer 9 Monate und Wille 6 Monate Gefängnis.
 35. Jüchen. Genosse Stadler wegen Beamtenbeleidigung 6 Tage Gefängnis.
 36. Scheibenberg. Zwölf Genossen von der Anklage der Versammlungs-Störung freigesprochen.
 37. Berlin. Genossin Frau Söhj wegen Majestätsbeleidigung 2 Monate Gefängnis.
 38. Eibersfeld. Genosse Laifien, Redakteur der „Volksstimme“ und der Vorstand des Messerschleifervereins in Solingen je 1 Woche Gefängnis.
 39. Bremen. Genosse Gert, Redakteur der „Bürgerzeitung“ von der Anklage der Fabrikantenbeleidigung freigesprochen.
 40. Apolda. Genosse Haupt, Redakteur der „Fr. Pr.“ wegen Politikenbeleidigung 2 Wochen Gefängnis.
 41. Götting. Wegen Majestätsbeleidigung (Nichtaufstehen beim Kaiserhoch) Schuhmacher Lindemann aus Birbigsdorf 3 Monate Gefängnis.
 42. Nürnberg. Genosse Wiche aus Hannover wegen Exzessiven (Zufahrt zu einem Brauereibesitzer anlässlich des Brauerstreiks) 21 Tage Gefängnis.
 43. Eibersfeld. Wegen Verurteilung anlässlich des Formereitstreiks Genosse Düb, Redakteur der Solinger „Arbeiterstimme“, 100 M. Geldstrafe, ein Formereit 30, zwei andere je 15 M. Geldstrafe, drei freigesprochen.
 44. Dresden. Genosse Findeisen, Redakteur des „Volksfreund“ in Reichen, wegen Jugendverleumdung vom Amtsgericht 4 Wochen, vom Landgericht 14 Tage Gefängnis.
 45. Oldendorf. Genosse Hattendorf, wegen Sonntagsentheiligung durch Flugblattverteilung mit 3 M. Polizeistrafe belegt, vom Amtsgericht freigesprochen.
 46. Berlin. Von der Anklage der Rötzung (anlässlich des Spandauer Löpferstreiks) Löpfer Hagen freigesprochen.
 47. Berlin. Wegen Scheimbündelei „Anarchist“ Veinert 4 Monat Gefängnis.

- September.
27. Dresden. Genosse Knöfel, Redakteur der „Sächs. Arb.-Ztg.“, wegen Unteroffiziers-Beleidigung 1 Monat Gefängnis.
 28. Dresden. Genosse Wehler, Redakteur der „Sächs. Arb.-Ztg.“, wegen Beamtenbeleidigungen 3 Monate Gefängnis.
 29. Solingen. Genosse Wilde, Redakteur der „Arbeiterstimme“, wegen Fabrikantenbeleidigung 1 Monat Gefängnis.
 30. Götting. Genosse Baumgart von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen.
 31. Rinteln. Von der Anklage unerlaubter Versammlung Genosse Schwarz freigesprochen.
 32. Götting. Genosse Busch wegen Beleidigung des Grafen Schlieffen durch ein Flugblatt eine Woche Gefängnis; die mitangeflagten Drucker freigesprochen.
 33. Frankfurt a. M. Genosse Schmidt, Redakteur der „Volksstimme“ wegen Polizeiferganten-Beleidigung 40 M. Geldstrafe.
 34. Solingen. Genosse Lohr in Grötrath wegen unerlaubter Kollekte 15 M. Geldstrafe.
 35. Liegnitz. Zigarrenmacher Droszdil aus Haynau wegen Beleidigung und Bedrohung des Landesältesten v. Nechtritz 3 Monate Gefängnis.
 36. Osterberg. Genosse Koblender und Hummel wegen unerlaubter Kollekte 15, bez. 10 M. Geldstrafe. — Genosse Stöckel wegen Sonntagsentheiligung durch Flugchriftenverbreitung 5 M. Geldstrafe.
- Insgesamt im Monat September: 5 Jahr 9 Monate 25 Tage Gefängnis und 1233 M. Geldstrafe.

Aus dem Monat August sind noch nachzutragen:

13. Alzen. Genosse Heim wegen Gendarmenbeleidigung 4 Tage Gefängnis.

14. Bochum. Wegen unerlaubter Schriftenverbreitung die Genossen Humann, Vollroth und Wolff je 15 M. Geldstrafe.

20. Altenburg. Genosse Kähler, Redakteur des „Wählers“, 3 Monate Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung.

31. Altenburg. Genosse Kähler, Redakteur des „Wählers“, wegen Fabrikantenbeleidigung 200 M. Geldstrafe.

Somit erhöht sich das Gesamtresultat für den Monat August auf 2 Jahre 2 Monate 26 Tage Gefängnis und 1497 Mark Geldstrafe.

Der Parteivorstand.

Sozialer Kongress des Freien deutschen Hochstiftes.

Frankfurt, 10. Oktober.

Der Kongress setzte gestern seine Beratungen fort. Will-Hamburg schilderte das Treiben der Landhaie, der Schläg- und Huerbasen, der schwarzen und weißen Schauerleute und das Trudeln, dem die Stauer und Ewerfänger Vorschub leisten, ebenso die Auslandsbewegungen in den einzelnen Gewerben, allerlei Praktiken bei der Stempelung der Arbeitszeugnisse, die geeignet sind, die schwarzen Listen zu erscheln.

Amtsrichter Kuhlmann, Braunschweig gab seiner Freude über die ruhige, sachliche Debatte Ausdruck; aus seiner Tätigkeit als Richter will er die Erkenntnis geschöpft haben, daß die Arbeitslosigkeit oft den Grund nicht erfüllter Schulverpflichtungen und daraus entstehender Rechtsverletzungen bildet. Das sei ein unerhörter Zustand, der beweise, daß in unserer Kulturwelt ein Fehler steckt und daß in der Frage der Arbeitslosigkeit der Schlüssel liege zur Lösung des Geheimnisses der sozialen Frage.

Fabrikant Müller-Brackweide schlug vor, namentlich in allen Industriestädten auf städtische Kosten mit einem Zuschuß der Arbeitgeber Nachweisedbüreauen möglichst in Verbindung mit einem Anstaltsbüreau zu schaffen. Von diesen Büreauen aus sollen die Meldungen an eine deutsche Zentralstelle gehen und von dort verteilt werden.

Jung-Bremen, Vertreter des Unterstützungsvereins deutscher Tabalarbeiter, war der Ansicht, daß für die Statistik ein Nachweis nur möglich sein könnte, wenn ein Zwang zu seiner Vernehmung bestände. Da man aber niemand zwingen könne, so müsse man die Arbeitslosen zu einer Unterstützung, die das Nachweisedbüreau zahle, zu dessen Vernehmung anspornen.

Dr. Quark-Frankfurt wunderte sich, daß von Arbeitern gesagt worden sei, man dürfe mit der Arbeitsvermittlung nicht in den freien Arbeitsvertrag eingreifen; daß sei ja verwunderlicher Weise der reine Manchestersandpunkt. In den Kreisen der Arbeiter müsse man doch einsehen, daß die Errichtung städtischer Arbeitsämter ein Baustein wäre zum Gebäude sozialpolitischer Neuordnung der Dinge.

Schwarz-Lübeck, Vertreter der Formere, wies darauf hin, daß eigentlich das Reich in dem sozialdemokratischen geforderten Arbeitsamt den Arbeitsnachweis und die Arbeitslosenstatistik besorgen müsse. Damit liege es noch in weitem Maße, deshalb begrüße er die Gründung eines städtischen Arbeitsamtes in Stuttgart und erwartet, daß auch andere Kommunen in diesem Sinne vorgehen und daß sich denn auf Grund der gemachten Erfahrungen ein Arbeitsamt als Reichsinstitut entwickeln werde.

Regien-Hamburg bemerkte, auch er sei nicht gegen die Einrichtung des Arbeitsnachweises durch Staat und Stadt, doch habe der Unternehmer als Käufer der Waare Arbeitskraft bei der Vermittlung nichts zu thun; er müsse dem Mißtrauen der Arbeiter gegen das Wohlwollen des Unternehmertums wiederholt Ausdruck geben. An eine Ueberbrückung der Klassengegensätze könne er nicht glauben, umsoweniger, als gerade die Vertreter der Wissenschaft nicht alle so offen auftreten, wie die auf dem Kongresse anwesenden.

Kapfenstein-Gießen empfahl Nachahmung des Stuttgarter Verfahrens; eine Zentralisierung sei aber unbedingt nötig. Als praktische Vorschläge zur Milderung der Arbeitslosigkeit nannte er Regelung des Submissionswesens und den Normalarbeitsstag.

Klop-Stuttgart präzisirte nochmals seine Ansicht, daß durch Arbeitsnachweis die Arbeitslosigkeit nicht aus der Welt geschafft werden könne, aber trotzdem sympathischer er dennoch mit dem Stuttgarter Projekt, doch müsse mit dem städtischen Nachweis, von dem wir statfweise zum Reichsarbeitsamt zu kommen hoffen, eine regelmäßige statistische Arbeit verbunden werden.

Dr. Hirschberg-Berlin erklärte, als objektiver Statistiker mit realen Zahlen gerechnet zu haben und es sei nicht seine Aufgabe gewesen, über Utopien, wirkliche oder angebliche, zu urtheilen. Er bliebe bei seiner Ansicht, daß die privaten Arbeitererhebungen zu brauchbaren statistischen Ergebnissen nicht gelangt seien. Wollte man eine sozialistische Zentralstelle für Deutschland, so müsse man erst in den einzelnen Städten den Arbeitsnachweis zentralisiren.

Professor Dr. Lönnies-Kiel war der Meinung, daß in der Frage der Arbeitsvermittlung beide Theile sich einigen müssen, weil sowohl den Arbeitern das Recht auf Organisation des Arbeits-Angebots als auch den Unternehmern das gleiche Recht für die Nachfrage rechtlich zustehe. Endgiltige Lösung der Arbeitslosigkeit biete, soweit die theoretische Kenntniß reiche, der Arbeitsnachweis nicht; er könne vielmehr nur dem Fortschritt der Technik, dem Großbetrieb dienen und somit den Beweis liefern, daß die herrschenden Zustände dem Kulturbedürfnis nicht gerecht werden. Von Leidenschaft könne man sich frei fühlen und doch den wissenschaftlichen Sozialismus für richtig halten.

Der Vorsitzende, Stadtrath Dr. Flesch-Frankfurt gab hierauf das Resümee der Verhandlungen:

Es habe sich die Meinung ergeben, daß man mit Beschaffung von Rothhandarbeiten nicht warten dürfe, sondern rechtzeitig Vorkehrungen treffen müsse. Der Gedankengang, daß man durch Verkürzung und durch Lohnerbesserung die Arbeitslosigkeit bekämpfen, schließlich aber zur kollektivistischen Produktion übergehen müsse, habe zwar viele Vertreter in der Versammlung gefunden, schweifte indessen doch etwas vom eigentlichen Thema der Berathung ab. Man einigte sich über die Nothwendigkeit, Arbeitslosenstatistiken durch Staat und Gemeinde unterstützen zu lassen. Betreffs der Arbeitsvermittlung wurde darüber zieltliche Uebereinstimmung erzielt, daß sie besser durch Vereine als Private, besser durch Gemeinden als durch Vereine betrieben werde. Die Einen wollten eine gemeinsame Verwaltung, die andern wollen, daß nur die Arbeiter die Bedingungen für den Verkauf der Arbeitskraft festsetzen sollen. Gemeinlichlich war die Auffassung, daß eine Besserung darin liege, wenn die Stadtgemeinden den Betrieb in die Hand nehmen. Dankbarkeit sei hierfür niemand schuldig, sie werde auch für die Erfüllung einer gerechten Forderung nicht verlangt. Die Unentgeltlichkeit des Nachweises sei prinzipiell von fast allen Seiten gefordert worden. Der Gegenstand sei durch die Beratungen nicht erschöpft, aber sie gaben als Gewinn eine Reihe von Punkten, bei denen gemeinschaftliche Arbeit und gegenseitiges Verstehen möglich ist. Der Recht habe, muß die Zukunft lehren. Wer diesem Kongress beigewohnt habe, werde zugeben müssen, daß es sich dabei um ein Problem gehandelt habe, dessen Lösung von allen Gliedern der Gesellschaft als nothwendig anerkannt werde.

Nachdem Fabrikant Müller-Brackweide dem Hochstift für die Anregung zum Kongress gedankt hatte, erfolgte der Schluß der Verhandlungen.

Parteinachrichten.

Eine Konferenz der drei oldenburgischen Wahlkreise tagte am 8. Oktober in der Stadt Oldenburg. Erschienen waren aus den verschiedenen Landesheilen 22 Delegirte. Auf Antrag des Genossen Hug aus Bant löste die Versammlung die bisher thätig gewesene Agitationskommission auf, da sie hauptsächlich infolge des selbständigen Vorgehens der einzelnen Wahlkreise nicht die gebührende Wirksamkeit ausüben konnte. Die Agitation und Organisation betreffend, wurde folgender Antrag angenommen: „Jeder Wahlkreis regelt seine Geschäfte selbständig und betreibt die Agitation selbständig innerhalb seines Gebietes. In gemeinschaftlichen Aktionen, als Verbreitung von Flugblättern, Agitationstouren mit fremden Rednern, haben die Vertrauensmänner der 3 Wahlkreise sich miteinander in Verbindung zu setzen und sich darüber zu verständigen. Die Anregung kann von dem Vertrauensmann eines jeden Wahlkreises ausgehen. Die Kosten für eine gemeinschaftliche Aktion werden gemeinschaftlich nach Uebereinkunft getragen.“ Die Berichte der Delegirten stimmten größtentheils in der Erkenntnis überein, daß trotz der Erfolge der Reichstagswahl mehr wie bisher agitirt werden müsse. In einer Resolution wurde dies näher ausgesprochen und empfohlen, namentlich für bessere Verbreitung der Parteiblätter „Nordwacht“ und „Norddeutsches Volksblatt“ Sorge zu tragen. Die Versammlung nahm dann nach eingehender Debatte folgende Resolution an: „Die Konferenz empfiehlt den Genossen an allen Orten und in allen Kreisen, wo auf Erfolg zu rechnen ist, an den Gemeinderaths- und Landtagswahlen sich zu betheiligen und in aller nächster Zeit in die Agitation für das direkte allgemeine und gleiche Wahlrecht für die Landtagswahlen einzutreten. (Das indirekte, gleiche und allgemeine Wahlrecht, d. h. für alle Oldenburger, gilt jetzt für die Landtagswahl).“ Es wurde ferner beschlossen, alljährlich eine Konferenz der drei oldenburgischen Kreise und zwar möglich immer vor dem allgemeinen Parteitag abzuhalten. Als Ort der nächsten Konferenz wurde Oldenburg bestimmt. Mit dem festen Willen, auch hinfür kräftig für die sozialdemokratische Propaganda einzutreten, gingen die Theilnehmer an der Konferenz auseinander.

Bei der Gemeinderathswahl in Gulash (Waden) siegte die sozialdemokratische Liste sowohl in der dritten als auch in der zweiten Wählerklasse. Während dort von 68 abgegebenen Stimmen auf die Sozialdemokraten 67 entfielen, erhielten sie hier 10 von 17 abgegebenen Stimmen. In der ersten Klasse blieben die Gegner mit knapper Roth Sieger, indem auf ihre Kandidaten 6 Stimmen fielen, während die sozialdemokratischen 4 Stimmen erhielten. Bei der nächsten Wahl hoffen unsere Parteigenossen, auch die erste Klasse zu erobern. Bravo!

Gerichts-Beilage.

Plump-Wahlfälschung. Der frühere Gemeindevorsteher Karl Koch aus Demmin, Kreis Schlochau, wurde von der Strafkammer des Landgerichts zu Rostock wegen Fälschung eines Wahlergebnisses zu drei Monaten und 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Im September v. J. fand in der Wohnung des Angeklagten die Wahl eines neuen Gemeindevorstandes statt, wobei der Angeklagte, dessen Amtsperiode bald abgelaufen war, als Protokollführer fungirte. Auf den Wähler Fischer fielen acht, auf den Sohn des Angeklagten fünf und auf einen anderen Wähler zwei Stimmen. Fischer erklärte auf Befragen, daß er die Wahl annehme. Der Angeklagte fertigte aber später ein neues Protokoll an, nach dem für Fischer vier, für seinen Sohn sechs Stimmen abgegeben waren, worauf der Landrath den Sohn des Koch als Gemeindevorsteher bestätigte.

Mißhandlungen durch einen Lehrer. Der Lehrer Jakob Knischewski in Grünwalde ist am 2. Juni von der Strafkammer in Orlitzburg wegen fahrlässiger Körperverletzung im Amte zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Es sind ihm 11 Fälle nachgewiesen worden, in denen er Schulkinder bei den Haaren gefaßt, mit den Näsen gegen die Schultafel gestoßen und mit dem Stock auf sie losgeschlagen hat, daß sie bluteten. Die Fahrlässigkeit wurde u. a. darin gefunden, daß er nicht hin-

sehen hat, wozu er schlug. — Seine Revision, welche nur unbedeutliche Änderungen enthielt, wurde vom zweiten Straffenate des Reichsgerichts verworfen.

Soziale Uebersicht.

Radfahrer, Sportgenossen! Der am 1. und 2. Oktober in Leipzig abgehaltene sozialistische Radfahrer-Kongress beschloß, sämtliche folgende Genossen einheitlich zu organisieren, um sie der Partei als Pioniere für die gerechte Sache des Volkes als Hilfskräfte zuzuführen. Gleichfalls wurde die gewählte Agitations-Kommission beauftragt, ein gemeinschaftliches Erkennungszeichen zu schaffen. Um die erwachsenen Unkosten bestreiten zu können, wurde den Genossen empfohlen, pro Kopf einen Mindestbeitrag von monatlich 10 Pfennige an die Agitations-Kommission zu zahlen. Um nun dieser vom Kongress gestellten Aufgabe in vollem Umfange gerecht zu werden, und um die Zahl der zu beschaffenden Zeichen feststellen zu können, ersuchen wir alle Genossen, die den Radspport huldigen, uns ihre Adresse baldigst einzusenden.

Die Agitations-Kommission der sozialistischen Radfahrer
A. Wolmar, Leipzig-Neudöb, Ribbeckstr. 11, Hof 2 Tr.

Gefängnisarbeit und Arbeiterentlassungen. Unser Bruderblatt, „der Volkswille“ berichtet: In der Knopffabrik von Gompertz und Reinrath in Hannover sind in den letzten Tagen wegen Mangel an Aufträgen, wie der Fabrikant behauptet, ca. 10 Arbeiter entlassen worden. Trotz dieses Mangels an Aufträgen hat aber der Fabrikant 10 Drehbänke nach Wolfenbüttel in das Gefängnis geschickt, um die Gefangenen daselbst für sich zu beschäftigen, wobei noch zu bemerken ist, daß er bereits früher im Wolfenbüttler Gefängnis 15 Drehbänke hat aufstellen lassen, und auch im Gefängnis zu Hannover 45 Drehbänke im Betriebe hat. Obwohl also der Fabrikant die männlichen Arbeiter „aus Mangel an Aufträgen“ nach und nach zum Theil entläßt, so hat er die weiblichen Arbeiter des Abends noch u. d. a. arbeiten lassen.

Dieses Vorkommnis zeigt so recht deutlich wieder einmal die ganze Erbärmlichkeit der heutigen Arbeitsverhältnisse. Die männlichen Arbeiter werden entlassen, darunter Leute, die schon länger als 8 Jahre in der Fabrik von Gompertz und Reinrath gearbeitet haben; dafür läßt der Unternehmer dieselbe Arbeit zum Theil im Gefängnis und natürlich dadurch von billigeren Arbeitskräften herstellen; nur die Fertigstellung der Perlmutterknöpfe erfolgt in der Fabrik, besonders von Mädchen. In der Fabrik waren am vergangenen Sonnabend noch etwa 60 männliche Arbeiter beschäftigt, die bei 10stündiger Arbeitszeit 15 bis 18 M. wöchentlich als Knopfmacher verdienen; von diesen sind 10 entlassen worden. Außerdem sind 30 Arbeiterinnen beschäftigt, die meist nur 7,50 M. wöchentlich verdienen, im Afford bei Ueberstunden 11 bis 12 M.! So wird der gelehrte Arbeiter immer mehr proletarisiert und die von den Steuern des Volkes unterhaltenen Strafanstalten werden dazu benutzt, um die Löhne noch mehr zu drücken! Die Sittlichkeitsprediger wundern sich dann aber, daß immer mehr Gefängnisse notwendig werden! Das Unternehmertum sorgt dafür, daß dieselben gefüllt sind und ihnen auch Nutzen entsteht — so will es die herrlichste der Welten!

Die „patriotische“ Demonstrationen zu Lande gebracht werden. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ schreibt: Die Maschinen- und Dampfschiffbau-Gesellschaft vormals Schick in der Leipzigerstraße zu Dresden möchte sich gern dahin gefallen, ihre Arbeiter bei dem am Sonntag, dem 22. Oktober, stattfindenden 50jährigen Mikardien-Jubiläum des Königs als königstreue „Patrioten“ präsentieren zu können. Da aber die Arbeiter, wie die letzte Reichstagswahl zeigte, einen anderen Begriff von Patriotismus haben und sich nicht freiwillig als Hurrab-Kanaille hergeben, so hielt genannte Firma es für nötig, ihren Arbeitern etwas „Patriotismus“ mit einem probaten Mittel beizubringen. Ob sie dabei das Verlangen nach einem allgemeinen Ehrenzeichen hatte, oder aus geschäftlichen Rücksichten sich dazu bewegen fühlte, sei dahingestellt, der Ingenieur Johannsen ging mit einer Liste von Arbeitern zu Arbeiter, um sie zu veranlassen, sich durch Unterschrift zu verpflichten, am Fackelzuge theilzunehmen. Vor der Person des Herrn Johannsen scheinen aber die Arbeiter nicht den nötigen Respekt zu haben und es sträubten sich deshalb ein Theil, dem Verlangen nachzukommen. Es mußte daher der Meister Fischer den Herrn Ingenieur begleiten, da dem Meister gegenüber die Arbeiter es nicht wagten, ihre Unterschriften zu verweigern, wollten sie sich nicht der Gefahr aussetzen, entlassen zu werden. So benützte der Ausbeuter seine wirtschaftliche Macht, um seine Sklaven zu Demonstrationen zu benützen, die gegen die Ueberzeugung der Arbeiter gehen. Der Unternehmer zwingt aber auch dadurch die Arbeiter zum Heucheln und betrügt sich somit selbst. Im Stillen werden die Arbeiter aber um so erbitterter über ihr Sklavenloos nachdenken und für ihre Ueberzeugung eintreten. Halten die Arbeiter zusammen und überlassen sie es der Direktion, die Firma beim Fackelzuge zu vertreten, so wird man sich hüten, Maßregelungen vorzunehmen. So wenig der Arbeiter vom Unternehmer verlangen kann, daß sich dieser an den Demonstrationen der Arbeiter beteilige, so wenig kann der Unternehmer von „seinen“ Arbeitern verlangen, an Demonstrationen theilzunehmen, welche gegen ihre Ueberzeugung gehen.

Von den Remunerationen. Von 154 Orts-Krankenkassen des Königreichs Sachsen, welche bis zum 1. April d. J. der freien Vereinigung dieser Kassen beigetreten waren, genießen bei den von ihnen benutzten Apotheken 73 einen Rabatt von 10 pCt., 4 von 5 bis 6 pCt., dagegen 24 von 15, 22 von 16 bis 20, 8 von 25 und eine sogar von 30 pCt., während der Rest auf eine solche Rabattvergünstigung bis jetzt noch hat verzichten müssen.

Diese zum Theil hohen Rabattsätze lehren wiederum, daß die Ausbeutung der Kranken durch die Apotheken mit einer staunenswerthen Virtuosität betrieben wird. Es hätten daher nicht allein die größtentheils in Krankenkassen organisierten Arbeiter, sondern auch die Leute, die im Krankheitsfall ihre Medikamente direkt von der Apotheke beziehen, alle Ursache, sich gegen die horrenden Ausbeutung zu wehren und die von sozialdemokratischer Seite angeführte Verstaatlichung der Apotheken zu verlangen. Daß dies Ziel bald erreicht werde, ist allerdings bei den gegenwärtigen Regime St. Wanders nicht zu erwarten; immerhin lohnte sich aber für die Krankenkassen die Agitation auf Errichtung selbständig von ihnen betriebenen Apotheken.

Hungert die Sozialdemokraten aus! Ueber die Anwendung dieses Rezepts theilt man der „Thüringer Tribune“ folgendes mit: Von der Sanifondverwaltung zu Erfurt wird vor Kurzem die Tischlerarbeiten bezüglich der Herstellung des notwendigen Mobiliars für das nach hier verlegte Militär an den Mindestfordernden vergeben worden. Die betreffenden Unternehmer haben laut Kontrakt 10 pCt. der Zuschlagssumme auf die Dauer von ein Jahr als Kautions zu hinterlegen, müssen ferner schriftlich erklären, weder selbst Sozialdemokrat zu sein, noch zu den betreffenden Arbeiten sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter zu beschäftigen. Falls später sich das Gegentheil herausstellt, gehen sie ihrer Kautions verlustig. Ob das von den Tischlern zu verwendende Handwerkszeug und Material ebenfalls nicht durch sozialdemokratische Hände hergestellt sein darf, konnten wir leider nicht in Erfahrung bringen.

Seltene Illusionäre, die allen Ernstes immer noch sich in dem Wahn wiegen, daß sie durch Hunger, durch Entziehung von

Arbeit den einzelnen von der Pflicht abhalten können, sich der heute schon nach Millionen zählenden Armee des revolutionären Proletariats anzuschließen. Ob durch solcherlei Maßnahmen sich der Sieg des Sozialismus auch nur um eine Stunde verzögern wird?

Wie sich die Welt in jenen Köpfen malt. Das „Hamburger Echo“ schreibt: Die wenig Kenntnis in den sogenannten höheren Gesellschaftskreisen über Arbeits- und Arbeiterverhältnisse vorhanden ist, erhellet mit einiger Deutlichkeit aus einem Ausspruch des Landgerichtsdirektors Dr. Höhring in der heutigen Sitzung der Strafkammer I in Hamburg. Derselbe behauptete nämlich auf die Vertheidigung eines wegen schweren Diebstahls Angeklagten, daß er keine Arbeit habe finden können: „Warum gehen Sie nicht nach dem Hafen oder den Kais, wenn es Ihnen ernstlich um Arbeit zu thun? Wenn Sie arbeiten wollen, können Sie ganz gewiß Arbeit kriegen.“ Der Herr Direktor, meint unser Hamburger Bruderblatt, würde sich gewiß den Dank Hundertter von Arbeitern verdienen, denen es blutern mit dem Suchen nach Arbeit ist, wenn er die Gewogenheit haben wollte, ihnen die „ganz gewisse“ Arbeit nachzuweisen.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Wahlkreis hielt am 10. Oktober eine Versammlung ab, die der Vorsitzende mit der Mittheilung von dem Ableben des Genossen Hermann Laße, zu dessen Ehren sich die Anwesenden erhoben, eröffnete. Genosse Faber sprach sodann über das Thema „Der Staat und die Arbeiter“. Er schilderte, wie im Laufe der Zeit aus den freien Stämmen und Gemeinden der alten Germanen sich allmählig der Staat als Organisation der Mächtigen zur Niederhaltung der unterdrückten Massen entwickelt hat. Wie heute der Staat für die Besitzenden eintritt, und wie er andererseits gegen die Arbeiter verfährt, zeigte Redner an einzelnen Vorkommnissen der letzten Jahre. In der Diskussion nahen Genosse Dr. Heymann das Wort. Loeb trug hierauf den Kassenbericht für das letzte Vierteljahr vor, wonach ein Bestand von 199,31 M. vorhanden war, zu welchem eine Einnahme von 814,55 M. gekommen ist. Dieser Gesamteinnahme von 1013,86 M. steht eine Ausgabe von 688,65 M. gegenüber, so daß also ein Bestand von 325,21 M. geblieben ist. Auf Antrag der Revisoren erhielt der Kassirer Decharge, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter hatten am 8. Oktober eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Scholz den Bericht der Siebenerkommission erstattete. Nach Verlesung der Statuten des ehemaligen Vereins, zu welchen die Kommission folgenden Antrag stellte: § 3 Abs. 1: „Alle Kollegen, welche bis inkl. 6. November 1893 als Mitglieder in den Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter eintreten, sind von Zahlung des Eintrittsgeldes entbunden, aber verpflichtet, in anbetrach der schlechten Kassenverhältnisse das erste Mal den Beitrag gleich für 4 Wochen pränumerando zu zahlen.“ theilte Redner mit, die Kommission habe beschlossen, diese Statuten der Versammlung zur Annahme zu empfehlen. Aus materiellen Gründen ersuche er, diesen Beschluß en bloc anzunehmen. An der Diskussion beteiligten sich Bloß und Ulbrich. Nädiger machte den Vorschlag, in anbetrach der schlechten Kassenverhältnisse möge jedes Mitglied eine Mark Beitrag zahlen. Scholz wendete sich dagegen, um den Mitgliedern den Eintritt so leicht wie möglich zu machen. Hierauf wurden die Statuten mit dem Antrage zu § 3 Abs. 1 einstimmig angenommen. Auf Vorschlag, heut einen Vorstand von 9 Personen provisorisch zu wählen, bis zur nächsten Generalversammlung, wählte man: Scholz zum 1. Vorsitzenden, Wittig zum Stellvertreter, Eduard Mahle zum ersten, Reusel zum zweiten Kassirer, Stod zum ersten, Brinkmann zum zweiten Schriftführer, als Beisitzer Mattutat und Neumann. Der Kosten des Bibliothekars wurde dem Kollegen Witte provisorisch überlassen. Hierauf trat eine Pause von 20 Minuten ein, um den Kollegen Zeit und Gelegenheit zu geben, sich als Mitglieder einzugeichnen. Nach derselben konnte konstatiert werden, daß über hundert Mitglieder sich haben aufnehmen lassen. Diese wurden aufgefordert, sammtlich in nächster Generalversammlung zu erscheinen, um dort ihre Mitgliedsbücher in Empfang zu nehmen, und ihre Beiträge zu entrichten. Sodann wurde folgender Antrag der Siebenerkommission angenommen: „Die sogenannte Agitationskommission, bestehend aus den Kollegen Robert Schmidt, Karl Nädiger und Meyer, hat sich mit dem heutigen Tage aufgelöst, da ihre Aufgabe als erledigt zu betrachten ist. Die Kommission ist verpflichtet, in kürzester Zeit die in ihrer Verwahrung befindlichen Utensilien, die Bibliothek und die vorhandenen Gelder an den Vorstand des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter als Eigentum des Fachvereins zurückzugeben.“ Zum Schluß gab auf Anfrage Kollege Scholz kurzen Bescheid über die drei und vierzig Kollegen dahingehend, daß an deren Stelle drei andere Kollegen getreten, einer derselben nach Auseinandergehen der Sachlage wieder abgedrückt, doch die beiden anderen, Busch und Hirdel, trotz Verhinderung unterstützt zu werden, sich geweigert haben, aufzuhören.

Der Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer hielt am 20. September eine Wanderversammlung in Friedrichsberg ab. Von allen Seiten wurde Klage geführt, daß von verschiedenen Unternehmern der Tarif nicht bezahlt wird. Genannt wurden: Die Firma Kretschmann u. Förster, Weihensee, Reite, Rummelsburg, und Hennig, Berlin.

Am 8. Oktober fand eine Versammlung der Töpferträger statt, die Stellung zu der Fenster- und Kalkofen-Frage nahm. Kollege Thieme referirte eingehend über diese Frage und ersuchte, in der nächsten Vereinsversammlung eine Streit-Kommission zu wählen. In der Diskussion forderten die Kollegen Niesoff, Lopp und Harns die Anwesenden auf, sich mit den Töpfern unter allen Umständen solidarisch zu erklären und dieselben beim Streit thätkräftig zu unterstützen. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme. Zum Schluß geistelte Thieme noch die mit dem Affordsystem eng zusammenhängende Ueberanstrengung einzelner Träger, die oftmals eine Arbeitslast von 2-3 anderen Arbeitern verrichten, und spricht den Wunsch aus, daß die Töpfer sowohl, als auch die Träger zur Befreiung des so fluchwürdigen Systems der Affordarbeit beitragen mögen.

Eine öffentliche Versammlung der Dienst-Droschkentreiber tagte am 10. d. M. bei Joel. Kollege Schütte erläuterte die Zwecke der im April d. J. niedergelagerten Agitationskommission, die im wesentlichen darauf hinauslaufen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Agitationskommission bestand bisher aus drei Personen. Die Kommission ersuchte sich aber zu schwach, um die ihr übertragenen Aufgaben wirkungsvoll zu vollziehen. Diese Aufgaben seien, für die Auffklärung der Kollegen Sorge zu tragen, dieselben für die gewerkschaftliche Organisation zu veranlassen, Gelder für event. Hilfe zu sammeln u. Schütte empfahl demzufolge, die Agitationskommission von drei auf fünf resp. sieben Mitglieder zu verstärken. Weiter gab Schütte namens der Agitationskommission eine kurze Uebersicht über die bisherigen Einnahmen und Ausgaben derselben. Dem Berichte zufolge hat die Agitationskommission gegenwärtig noch einen Baarbestand von 9 M. 60 Pf. zur Verfügung. Die Versammlung erkannte die Nothwendigkeit einer Verstärkung der Agitationskommission an und wählte, nachdem Banse sein Mandat als Mitglied der Agitationskommission niedergelegt hatte, neu in dieselbe neben die Kollegen Stiller und Schreiber die organisierten Kollegen

Herrn Schulz, Georg Ladner, Krause, Ruhn und Steffen. Nach Erledigung dieser Angelegenheit hörte die Versammlung einen Vortrag des Herrn Dr. Bernstein über das Wesen des Sozialismus, welcher mit Aufmerksamkeit und großem Beifall aufgenommen wurde. Der Kollegenchaft wurde ferner nochmals nahe gelegt, auf den Droschkentreibern Vertrauensmänner zu wählen und dieselben der Agitationskommission bekannt zu geben. Zum Schluß erfolgten persönliche Auseinandersetzungen.

Im Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter (Bezirk Norden) sprach am 4. Oktober Genosse Mattutat über „Die Segnungen der modernen Kultur“. Von einer Diskussion über den Vortrag wurde Abstand genommen. Hierauf erörterte Kollege Näther eingehend den § 4 des Statuts gegen dessen Bestimmungen in letzter Zeit arge Verstöße vorgekommen sind. Er forderte die Werkstätten-Vertrauensleute auf, die Kollegen darauf aufmerksam zu machen und in den Versammlungen darüber zu diskutieren. Sodann wurde bekannt gegeben, daß am 29. Oktober eine Vorstellung in der „Urania“ stattfindet. Billets sind bei den Kassirern zu haben. Dieselben nehmen ebenfalls wie der Nebant Vorherbestellungen von Billets für die nächsten Vorstellungen, die am 26. November und 10. Dezember stattfinden, entgegen.

In einer öffentlichen Versammlung der Schäfte-Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 9. Oktober tagte, hielt Th. Wächter aus Stuttgart einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Kapital und Lohnarbeit.“ Da in dem Referat auch die Gewerkschaftsbewegung vom Referenten behandelt war, so bewegte sich die Diskussion ausschließlich in dieser Richtung. Nach Schluß der Diskussion erfolgte Berichterstattung und Abrechnung der Agitationskommission. Die bisher noch nicht revidirten Einnahmen beliefen sich im ganzen auf 55 M., die Ausgaben auf 34,22 M. Vorhanden ist ein Baarbestand von 20,78 M., sowie ein Kassenbestand von 8,90 M. für Marken. In die Kommission wurden neu hineingewählt Schönsfeldt und Persica. Die Kommission besteht sonach aus sechs Personen.

Literarisches.

Berliner Wohnungs-Verhältnisse. Denkschrift der Berliner Arbeiter-Sanitäts-Kommission. Bearbeitet im Auftrage derselben von Adolf Braun. Berlin, 1893. Verlag der Expedition des „Vorwärts“. (Berliner Arbeiter-Bibliothek, 3. Serie, 6. und 7. Heft.) Preis 35 Pf.

Die „Berliner Arbeiter-Sanitäts-Kommission“, welche im Herbst des vorigen Jahres auf Anregung des Genossen Dr. Jabel begründet wurde, um die sanitären Verhältnisse Berlins, besonders der von Arbeitern bewohnten Stadttheile, zu erforschen, überreicht mit der vorliegenden Broschüre der Öffentlichkeit ihre erste umfangreichere Arbeit, in der die Ergebnisse der im Frühjahr 1893 von der Kommission vorgenommenen Erhebung über die Wohnungsverhältnisse in der Sorauerstraße mitgeteilt werden. Vorausgeschickt ist eine eingehende Auseinandersetzung über die Wohnungsfrage im allgemeinen. Der Verfasser zeigt, wie das rapide Wachsthum der Großstädte nicht bloß auf die natürliche Volksvermehrung, sondern vor allem auf das Drängen der arbeitenden Bevölkerung vom flachen Lande nach den Industrieflecken, auf die „soziale Wanderbewegung“ zurückzuführen ist, die ein Verkeihen des sozialen Unbehagens, der Krankheit unseres sozialen Körpers bildet. Die Zunahme der großstädtischen Bevölkerung in Verbindung mit der Profitguth der Grundstücks- und Hausbesitzer und Spekulantent ruft eine Wohnungsnoth hervor, unter der fast ausschließlich die besitzlose Klasse zu leiden hat. Unter den Folgen dieser Wohnungsnoth steht obenan die gesundheitswidrige Beschaffenheit der Wohnungen, mit denen die besitzlose Klasse vorlieb nehmen muß. Die Denkschrift bringt darüber ein sehr reichhaltiges Material, durch welches das Wohnungsverhältniß der Berliner Arbeiterbevölkerung grell beleuchtet wird, und gelangt zu dem Schluß, daß die bisherige Wohnungs-Statistik gänzlich unzureichend sei. Der Verfasser betont die Nothwendigkeit eines energischen Eingreifens von Staat und Gemeinde. An der Thätigkeit der „Arbeiter-Sanitätskommission“ wird gezeigt, wie das zu geschehen hätte, wenn wirklich brauchbare Ergebnisse dabei herauskommen sollen. Die Ergebnisse der Wohnungs-erhebung in der Sorauerstraße, welche als Probeerhebung dienen sollte, werden eingehend erörtert. Besonders dieser letzte Theil der Broschüre ist mit großer Sorgfalt durchgearbeitet. Vorläufig kann diesem Abschnitt nichts anderes, Gleichwertiges aus der Literatur über Berliner Wohnungsverhältnisse an die Seite gestellt werden. Die Arbeit enthält auch sonst ein reiches Zahlenmaterial, das mit großer Sorgfalt zusammengetragen ist und in äußerst wirksamer Weise zur Agitation verwendet werden kann. Die „Arbeiter-Sanitätskommission“ hat durch diese ihre erste Denkschrift bewiesen, daß ihre Thätigkeit eine Nothwendigkeit ist.

Deutscher Handwerker- und Arbeiter-Notizkalender für das Jahr 1894. Preis I. Qualität 75 Pf., gewöhnliche Ausgabe 50 Pf.

Dieser nun im 16. Jahrgang bei Mörlin u. Comp. in Nürnberg erscheinende praktische Taschenkalender gelangt soeben zur Ausgabe. Er ist in diesem Jahre inhaltlich ganz besonders reichhaltig. Neben dem Kalendarium und Geschichtskalender enthält er: Das neue Buchergesetz. — Eine Erläuterung über die Erlangung der Alters- und Invaliditätsrenten. — Multiplikations-Tabelle. — Tabelle zur Berechnung der Altersrente. — Tabelle zur Berechnung der Invaliditätsrente. — Die Militärausgaben des Deutschen Reiches vom Jahre 1872 bis 1893. — Indirekte Steuern und Zölle im Deutschen Reich. — Steigerung der Hauptzölle von 1878 bis 1891. — Zollergebnisse der einzelnen Artikel 1891. — Die Einwohnerzahl der größten Städte Deutschlands nach der letzten Volkszählung. — Zinsberechnungs-Tabelle (auf 1 Monat und auf 1 Jahr). — Auszug aus dem Gerichts-Kosten-Gesetz. — Auszug aus der Gebühren-Ordnung für Rechtsanwälte. — Post- und Telegraphen-Tarif für Deutschland und das Ausland. — Lohn-Tabelle. — Münzgewichte in Deutschland und das Ausland. — Gewichtstabellen. — Ringrosen für Deutschland und das Ausland. — Papiergeld. — Gesetz, betr. die Unterstützung von Familien vor zu Friedensbedingungen einberufenen Mannschaften. — Spezielle Vorschriften zum Schutze der Arbeiter gegen Gefährdung der Gesundheit in Fabriken, deren Betrieb mit besonderer Gefahr verbunden ist. (A. Gesetz, betr. die Anfertigung von Zündhölzern. B. Bekanntmachung, betr. die Einrichtung und den Betrieb der Bleisäulen- und Schweißfabriken). — Einnahmen und Ausgabeabellen. — Schreibpapier mit Datum für Tagesnotizen. — Der Kalender wurde wiederum in zwei Qualitäten hergestellt. Die I. Qualität ist diesmal zum Theil wie bisher in Bristaschenformat mit Klappe, zum Theil in sogenannten Bäckchen-Band (weich und doch kräftig) gebunden, der, wenn er sich des Beifalls der Abnehmer erfreuen sollte, nächstes Jahr auf die ganze Auflage und in etwas minderer Qualität auch für Sorte II angewendet werden soll.

Der Tourist. Deutsche Arbeiter-Verkehrs-Zeitung. Nr. 4. Verlag von Oskar Rosenhain, Berlin S., Ritterstr. 69.

Die Frau. Monatschrift für das gesammte Frauenleben unserer Zeit. Redaktion: Helene Lange. Verlag: W. Möfer, Postbuchhandlung, Berlin S.